

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Montag ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grabenstr. 54, in Berlin, oder durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.50, pro Woche 40 Pf. Bezugsstellen Nr. 7248.

Volkswacht

Insertionsgebühren: Anzahl für die einjährige Zeitliche oder deren Raum 20 Pfennige; für Viertel- und Monatszahlungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werththätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 19.

Donnerstag, den 23. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Capital.

Die Belehrung für unsere Freisinnigen.

Das unser Bürgerthum, selbst wo es sich freisinnig zeigt, in politischer und allgemein wirtschaftlicher Beziehung unwissend ist und sich von unwissenden Leuten das Haupt vom Himmel herunter vorichöhnen und einreden läßt, kann man ihm wirklich nicht übel nehmen.

Am meisten schuld daran wie an der gesammten Unwissenheit, Leichtgläubigkeit und Verbohrtheit großer Volkstheile ist der Staat mit seinen Behörden und den verschiedenen Kreisen und sind die herrschenden Verhältnisse und die schwer zu überwindenden Vorurtheile, die zu bekämpfen und zu bessern die Socialdemokratie als eine ihrer obersten Pflichten erkannt hat.

Neben der Socialdemokratie aber haben dieselbe Pflichten alle jene Parteien, die sich und ihre Grundzüge für völkisch, volkshunlich, volkshunlich ausgeben und anerkannt wissen wollen, insbesondere die freisinnige Volkspartei, deren Specialität und Stufenpferd bekanntlich seit Langem schon die Volksebildung ist, welche allen politischen und wirtschaftlichen Uebeln nach liberaler, fortschrittlicher, freisinniger Behandlung von Grund aus ein Ende zu machen geeignet und ausreichend sein soll.

Man sollte nun glauben, unsere Freisinnigen würden dieses ihr Universalmittel in möglichst vortheilhafter Beschaffenheit ihrem Publikum erbeden, vor allem würden ihre wissenschaftlichen Größen darauf bedacht sein, wissenschaftliche Belehrung dem Volke nur in einer Weise und einem Gehalte darzubieten, beziehungsweise darbieten zu lassen von Leuten, die ihren Gegenstand beherrschen und über wichtige Dinge nicht Unsinn reden.

Aber was soll man dazu sagen, wenn der hiesige Fortschrittsverein, wie in der vorigen Woche geschehen ist, in einer in „Blauen Strich“ auf der Ohlauerstraße abgehaltenen Versammlung unter dem Vorhange des Geh. Medicinalraths Prof. Dr. Reiffers sich vom Oberlehrer Dr. Dormann aus Verlegenheit einen Vortrag über „Die veränderlichen Formen der Production“ halten läßt, welcher den Beweis erbringt, daß es dem Manne bei der Beschäftigung mit dem Gegenstande seines Vortrages ergangen ist wie dem Schüler im „Faust“, dem es in Folge des vielen Studiums zu Muthe ward — so dumm, als ging ihm ein Mühlrad im Kopfe herum.

Den anderthalbstündigen Vortrag nahm die Versammlung des Fortschrittsvereins mit lebhaftem Beifall auf und Kräfte daran eine längere Besprechung, in welcher, wie der Berichtserstatter behauptet, der Vortragende durch seine Kenntniss und objective Darstellung der Verhältnisse den zustimmenden Beifall der Versammlung erwarb.

Die Versammlung kann und leid thun, Dr. Dormann aber darf es nicht. Auf dem Gipfel seiner Ausführungen warde er sich gegen „den bedeutendsten Vertreter des deutschen (!) Socialismus, Karl Marx“, und verrieth den Versammelten, daß derselbe ein Buch geschrieben habe, „Das Capital“.

Nach Dormann ist an dem Buche nicht viel dran, denn dieser unglückliche Marx hat das, was für ihn doch die

Hauptfrage war, nämlich den Begriff Capital, „außerordentlich eng gefaßt“. Er bezeichnet als Capital nur das Geld, welches im Verkehr ist.“

Wenn Marx so schlau gewesen wäre, wie Dr. Dormann, wäre er zu einem ehrbaren Handwerksmeister in die Lehre gegangen und hätte sich von dem über das, was man unter Capital zu verstehen hat, ausklären lassen. Schlauberger Dormann hat es augenscheinlich so gemacht. Er schreit sogar das Gute zu viel gethan und bei mehreren Handwerksmeistern nachgefragt zu haben.

Dafür leistet er dann aber auch eine Begriffsbestimmung, die zwar, wie er selber zugiebt, nichts weniger als klar, aber doch hübsch handlich ist. Jedenfalls, docirt er, „ist die Zahl der Versuche, den Weg des Capitals festzustellen, eine so große“, — es waren eben zu viele Gewatter Schneider und Grob Schuhmacher an der Arbeit! — „daß es schwer ist, etwas Gemeinsames herauszufinden. Es scheint so, daß sich die verschiedenen Auffassungen mit“ — man höre und lache nicht! — „Ausnahme derjenigen von Karl Marx“ — (die natürlich für Freisinnige leuchten wie Dormann gar nicht zu gebrauchen ist), „hinnaus verfolgen können, daß das Capital ein Werkzeug ist, welches auch der Production dient.“

Die Feile, der Meißel, der Bohrer, die Nähmadel sind alles Werkzeuge, die der Production dienen. Was ist nun das Capital? Wozu unterscheidet sich das Capital von der Feile, dem Meißel, dem Bohrer, der Nähmadel?

Wenn man Dormann fragt, ist man neugierig: Gar nicht! denn das Capital ist auch ein Werkzeug, das der Production dient!

Wenn sich die ganze Fortschrittsvereinsversammlung vor Laufen dem Bauch gehalten und von Oberlehrer Dr. Dormann mit dem Jubelrufe: „Geh in die Schule und lerne was!“ nach Hause geschickt hätte, so würde man ihr das eigentlich nicht haben übel nehmen können.

Indeß die Versammlung bestand nicht aus lauter gelehrten, socialpolitisch gebildeten Leuten. Aber warum hat der Vorsitzende der Versammlung, der Geh. Medicinalrath Prof. Dr. Reiffer, den Mann solchen Unsinn ausströmen lassen, ohne ihm zu widersprechen? Und warum hat die „Dreslauer Morgenzeitung“ besagten Unsinn schwarz auf weiß der Welt rühmend und preisend als treffliche Leistung aufgeschrieben?

Unter Beweis, daß sich auf dem Gipfel der Dormannschen Auslassungen die platteste Narrheit mit der leichtesten Unwissenheit vermählt, soll kurz sein.

Der Herr Oberlehrer hätte das Buch „Das Capital“ nicht nur von außen, sondern auch von innen betrachten sollen. Hätte er das mit der nöthigen Sorgfalt und dem erforderlichen Verstande verstanden, so würde er z. B. im dritten Bande, der erst im vorigen Jahre erschienen ist, und in dessen viertem Abchnitte gleich zu Anfang auf einen Satz gestoßen, der ihn überzeugt haben würde, daß Marx gar nicht daran denkt, den Capitalbegriff auf das „Geld zu beschränken, welches im Verkehr ist“.

„Das Gesamtkapital der Gesellschaft betrachtet“, sagt Marx, „besteht sich stets ein Theil desselben, obgleich aus stets andern Elementen zusammengesetzt und selbst von wech-

selnder Größe, als Waare auf den Markt, um in Geld überzugehen; ein anderer Theil in Geld auf den Markt, um in Waare überzugehen.“

Waare finde nicht Geld allein, sondern sowohl Geld, als Capital.

Die kürzeste, klarste und einfachste Begriffsbestimmung des Capitals gibt u. A. Friedrich Engels in seinem Werk: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (3. Auflage, S. 201). Demnach ist Capital jede Summe von Werthen, die sich dadurch verwerthet, daß sie Mehrwerth bildet, d. h. Profit oder Zin; erwirkt.

Hierdurch ist bewiesen, wie jeder socialwissenschaftlich nur einigermaßen Unterrichtete zugeben muß, daß Marx den Begriff Capital nicht nur nicht außerordentlich eng faßt, sondern im Gegentheil so weit und zugleich so scharf als nur irgend denkbar.

Alle Mehrwerthe — d. h. Profit, Zins oder dergleichen erwirkenden Werthe — sind Capital schaffenden Werthe.

Daß Dr. Dormann sich nicht vertieft und nur dem Namen nach kennt, das verzieht ihm die freisinnige Volkspartei mit ihrer Vogel-Strauß-Politik begreiflicherweise gerne! Daß er aber nicht einmal eine Ahnung von dem hat, was die bürgerliche Socialwissenschaft in Bezug auf das Capital lehrt, das dürften ihm doch Weber die Professoren Leuchten der freisinnigen Partei, wie Geheimrath Geheffer Dr. Rißer und viele andere, als die allerdings nicht gelehrte „Dreslauer Morgenzeitung“ nicht so ruhig hingehen lassen.

Zum Allermindesten sollten sie wenigstens den Vizepräsidenten darüber aufklären, daß er im vierten Bande des bekannten, die ganze Quintessenz der officiellen Socialwissenschaften enthaltenden Handwörterbuch der Staatswissenschaften eine Abhandlung über das Capital finden kann, woraus auch für sein Verhältniß ersichtlich gewesen wäre, daß selbst der allereffektivste wissenschaftliche Versuch, den Begriff des Capitals festzusetzen, bemüht war, die volkstümliche Auffassungsweise, welche als Capitalien werbend, zinstragend angelegte Geldsummen bezeichnete, zu erweitern.

Wenn Herr Dormann aber mit unparteilicher und nicht parteipolitisch vernagelter Erkenntniß das Wesen und die Wissenschaft des Capitals studirt hätte, so würde er begriffen haben, daß Marx nicht an jenem Anfang der wissenschaftlichen Capitalerforschungsbemühungen stehen geblieben, sondern deren höchste sonnenige Höhe erreicht hat.

Wenn den Gelehrten der freisinnigen Volkspartei noch etwas unklar oder zweifelhaft sein sollte, so mögen sie es sagen und fragen, wir werden ihnen gern des Weiteren Rede und Antwort stehen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 22. Januar.

Aus dem Reichstage. Der heutige Scherztag wurde mit einer socialpolitischen Debatte über den Schutz der Bauhandwerker gegen die Bauhauwinder ausgefüllt. Derartige Discussionen haben keine Anziehungskraft für die Mehrzahl der conservativen und liberalen Abgeordneten. Als die Sitzung eröffnet wurde, waren noch nicht ein Duzend Abgeordnete im Saale.

Seine Frau that so, als hörte sie nicht und blieb in seiner Gegenwart lächelnd und gleichgültig.

Am nächsten Tage sollte sie Frau Walter besuchen und zum Diner einladen; er wollte ihr aber zuvor kommen, um die Frau Director allein zu finden und zu sehen, ob sie wirklich eine Reizung für ihn hatte. Das machte ihm Spaß und schmeichelte ihm zugleich. Und dann . . . warum denn nicht . . . wenn es möglich war.

Um zwei Uhr fand er sich auf dem Boulevard Malesherbes ein. Er mußte in den Salon treten und wartete. Frau Walter erschien und reichte ihm in glücklicher Erregung die Hand.

„Welch guter Wind weht Sie denn hierher?“
„Kein guter Wind, sondern nur das Verlangen, Sie zu sehen. Eine innere Macht trieb mich hierher, ich weiß nicht weshalb, zu sagen habe ich Ihnen nichts. Ich bin eben nur einfach gekommen. Verzeihen Sie mir meinen Morgenbesuch und die Freimüthigkeit, mit der ich zu Ihnen spreche?“

Ein Lächeln lag auf seinen Lippen, als er das galant und lächelnd sagte, aber in seiner Stimme lag ein ernster Accent.

Sie war verwirrt, erröthete ein wenig und stotterte: „Aber . . . wirklich . . . ich weiß nicht . . . Sie über-raschten mich . . .“

Er fügte hinzu: „Ja, es soll eine Erklärung unter heiterer Maske sein, um Sie nicht zu erschrecken.“

Sie hatten sich zu einander gesetzt. Sie suchte der Gesellschaft einen komischen Anstrich zu geben.

„So, also eine Erklärung soll das sein . . . keine ernsthafte Erklärung?“

„Ja. Schon längst wollte ich sie machen, schon längst. Ich wagte nur nicht. Sie sollten es machen, so streng sein . . .“ Sie hatte ihre Sicherheit wiedergewonnen.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

44) Nachdruck verboten.

Du Roy begleitete die Familie Walter im offenen Wagen nach Hause.

Als er der Frau Director gegenüber saß, begegnete er noch einmal einem ästhetischen, süchtigen Blick von ihr, der verwirrt zu sein schien.

„Verdammt! Ich glaube, sie hat angebissen“, dachte er und lächelte vor sich hin. Ja, er hatte wirklich Glück bei den Frauen.

Fröhlich schritt er heim.

Madeleine erwartete ihn im Salon.

„Wichtige Neuigkeiten!“ sagte sie. „Die Marrokanische Frage verwirrt sich immer mehr. Vielleicht muß Frankreich in wenigen Monaten eine Expedition hinschicken. Jedenfalls muß die Gelegenheit benutzt werden, um das Perimeter zu stürzen und Laroche das Auswärtige zu verschaffen.“

Du Roy wollte seine Frau ärgern und that ungläubig. So wahnsinnig würde man doch nicht sein und die Dummheit mit Tunis wiederholen.

Ungebuldig dachte sie die Achseln. „Wenn ich Dir aber sage! Siehst Du denn nicht ein, daß sie hierbei sehr viel verdienen wollen. Bei politischen Combinationen darf man heut nicht mehr fragen: Sucht nach dem Weibe, sondern sucht nach dem Geschäft, das dahinter steckt.“

„Ach was!“ brummte er verächtlich, um sie noch mehr zu reizen.

Nun wurde sie böse: „Du bist wirklich gerade so naiv wie Forestier.“

Sie wollte ihn verlegen und erwartete einen Fortausbruch.

Er aber erwiderte nur lächelnd: „Was soll das mit dem Jahnrei von Forestier?“

Sie lächelte betroffen: „Aber Georges!“

Er blinnte sie dreist und spöttisch an, als er erwiderte: „Warum soll ich das nicht sagen? Hast es mir ja selbst an jenem Abend gestanden, daß Du Forestier betrogen hast.“ „Der arme Teufel!“ fügte er im Tone tiefen Mitleids hinzu.

Madeleine drehte ihm den Rücken zu: sie hielt es nicht der Mühe für werth, darauf zu antworten. Eine schweigende Minute verstrich, dann sagte sie: „Am Dienstag haben wir Gesellschaft. Frau Laroche-Mathieu und die Gräfin von Perceur essen bei uns. Willst Du Rival und Nordert von Barenne einladen? Morgen geh' ich zu Frau Walter und Frau von Marselle. Vielleicht kommt auch Frau Rissolin.“

Seit einiger Zeit suchte sie, unterstützt von dem politischen Einfluß ihres Gatten, Beziehungen anzuknüpfen, um die Frauen der Senatoren und Deputirten, die die Unternehmung der „Die Francaise“ nöthig hatten, zu veranlassen, aus freiem Antriebe oder wider Willen sie zu bejuchern.

„Schön“, erwiderte Du Roy. „Rival und Nordert nehme ich auf mich.“

Er war zufrieden und rieb sich vergnügt die Hände. Hatte er doch ein sicheres Mittel gefunden, um seine Frau zu verlegen und den dunklen Haß, die unbestimmte Drame des Eifersucht zu befruchtigen, die in ihm seit jener Ausfahrt nach dem Bois de Boulogne entstanden war. Er sprach von Forestier nur noch als dem Jahnrei. Das mußte schließlich Madeleine, wie er wohl mußte, in Wuth versetzen. Und jehnatmal am Abend fand er Gelegenheit, mit ironischer Gümüthigkeit von dem „armen betrogenen Forestier“ zu sprechen.

Er zürnte dem Todten nicht mehr; er rächte ihn.

anwesend. Erst während der Rede des nationalliberalen Abgeordneten Bassermann, der seinen Antrag auf Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker und Bauarbeiter begründete, wurde es etwas voller unten, und die Gruppen im Foyer lösten sich auf, die bis dahin die Nachricht vom Ableben des deutschfreisinnigen Oberbürgermeisters von Danzig und früheren Vizepräsidenten des Hauses, Baumbach, und das Gerücht vom Tode Bismarcks, das sich übrigens nicht bestätigt hat, besprochen. Herr Bassermann, der Mannheimer Rechtsanwalt, gehört nicht zu den umharnpathischen Mitgliedern der Nationalliberalen, er verfügt über ein gewisses socialpolitisches Verständnis. Ob freilich der Weg, den er gegen den Kaufswindel vorschlägt: die Einräumung eines gesetzlichen Pfandrechts an der Liegenschaft an die Bauhandwerker mit der doppelten amtlichen Taxation des Grundstücks besonders glücklich gewählt ist, erscheint sehr zweifelhaft. Die Antisemiten, für die der Dresdener Sandgruben- und Kalkbrennerelbesitzer Lohse sprach, schlugen vor, den Forderungen der Bauhandwerker ohne weiteres ein Vorkrecht vor sämtlichen auf die Bauten einzutragenden Hypotheken zu geben. Ueber dieses radikalere Mittel läßt sich schon eher reden, wenn sich in ihm auch der Glaube ausdrückt, es sei auf dem Wege der Specialgesetzgebung möglich, den Schwindel auszurotten, der nun einmal mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufs engste verbunden ist. Die Regierung hat gegen den Kaufswindel noch nichts unternommen, obwohl sie schon längst ein besonderes Gesetz versprochen hat. Im Werte soll freilich etwas sein, das verbriefte Staatssecretäre Niederdingt, doch ist es bisher zu einer Einigung unter den Bundesstaaten, ob die Materie überhaupt reichsgesetzlich geregelt werden soll, noch nicht gekommen. Herr Niederdingt war mit der Commissionsberatung, die die Antragsteller zunächst vorgeschlagen hatten, natürlich einverstanden: er ist ein Mann, der gern und fleißig Material sammelt, mit der gesetzgeberischen Bewertung des Materials geht es dann freilich nicht so rasch. Genosse Stahlagen hielt der Regierung mit vollem Rechte ihre Passivität vor und vertat im Uebrigen die Ansicht, daß der geäußerten Aushaltung der Bauarbeiter und Handwerker durch den mit „Strohmannern“ arbeitenden Kaufswindel, der von ganz kapitalträchtigen Wintermännern betrieben werde, am besten im „bürgerlichen Geistes“ ein Niegel vorzuziehen sei. Die Debatte hat somit nicht viel Bemerkenswertes, es sei denn die Einbeziehung des unbemittelten Herrn von Stumm, daß der „kleine Mann“ seine ererbten Forderungen gern auf Hypotheken ausleihe. Wie sich doch vom erheblichen Geldstandspunkte aus die Gesichtsfelder verschieben! Das Ergebnis der Diskussion war die Ablehnung des Antrags der Antisemiten und die Annahme des Bassermann'schen Antrags in seinem ersten Theile, der die Regierung ganz im Allgemeinen auffordert, etwas zu thun. Den zweiten speziellen Theil hatte der Antragsteller auf Drängen des Herrn von Bennigsen selbst zurückgezogen. Und da sage man noch, daß es in der nationalliberalen Kammer keine Disziplin giebt!

Im Abgeordnetenhaus gab es am Mittwoch eine kleine Hammerstein-Debatte. Einmal war es die Person des Landwirtschaftsministers, die sich eine Verherrlichung durch Herrn Stader wegen der bekannten Rede im Reichstag gefallen lassen mußte, und dann war es sein Kammerkammerherr, der Hammer, der über die Bühne gejagt wurde. Der conservative Herr von Proeder fühlte sich als malitioses Mitglied des Kreiszeitungscomitees das Bedürfnis, seine Hände in Unschuld zu waschen. An ihm soll es nicht gelegen haben, wenn Herr von Hammerstein zunächst erwidern konnte. Er selber sei freilich schon im Januar v. J. davon überzeugt gewesen, daß der Obersecretar der „Kreuzzeitung“ kein „Gentleman“ sei, aber für einen so schweren Sünden habe er ihn doch nicht gehalten, daß er es für nöthig erachtet hätte, der Parteilassung davon Nachricht zu geben. Die Rede des Herrn von Proeder, und so hätte er höchstens richtig, daß ihn Herr von Hammerstein vor die Thüre geschoben oder wegen Verleumdung verklagt hätte. Herr von Proeder sagte also nicht, seine Bemerkungen unterstrichen nur die bestanden Jüge im Hilde nicht, „schließen der Hammer“ näher auf die Sache wurde von seiner Seite übergegangen, auch Herr Stader, der im Hause erkrankt war, etwa so aus:

„Und weshalb wählten Sie gerade heute dazu?“ erwiderte sie.
 „Ich weiß nicht... Aber ich weiß doch“, fügte er mit gelehrter Stimme hinzu. „Seit gestern habe ich nur an Sie.“
 Sie war plötzlich bleich geworden.
 „Rein, nein“, flüsternte sie. „Reden wir den Mann an und nicht von etwas anderem.“
 Er aber hatte sich so plötzlich vor ihr auf die Knie geworfen, daß sie zusammenfuhr. Sie wollte sich erheben, er hielt seine Arme um ihre Taille und drückte sie mit Gewalt nieder. Leidenschaftlich rief er: „Ja, es ist wahr, ich liebe Sie, ich liebe Sie wahrhaftig von ganzem Herzen. Sie mit nicht, es mag nicht, ich weiß nicht, was ich thue. Ich liebe Sie, ich liebe Sie wahrhaftig.“
 Sie atmete schwer, versuchte zu reden und konnte kein Wort herausbringen. Sie ließ ihn mit beiden Händen packen und setzte ihn in die Hocke, damit sein Mund, der sich dem ihren näherte wollte, sie nicht berührte. Sie schaute sich den Kopf von rechts nach links und von links nach rechts, und schloß die Augen um ihn nicht zu sehen.
 „Blieb ich erobert er sich, um sie in seine Arme zu schließen. Sie aber erstarrte ihm, als sie einen Augenblick frei war, glitt nach rückwärts und ließ vor ihm von Stuhl zu Stuhl.
 Diese Verführung kam ihm lieblich vor. Er ließ sich in einen Stuhl fallen, bedeckte das Gesicht mit den Händen und wartete, als schlingte er vor sich.
 „Dann erhob er sich, rief: „Sch' wohl, ich' wohl!“ und ließ sich dem Gehen.
 Im Vorzimmer stand er sehr ruhig seinen Stuhl, hing an die Straße hinaus und dachte: „Zum Teufel mich, ich habe sie, gelobt ich.“ Und er ging zum nächsten Telegraphenbureau und schickte Clariben eine Depesche zu einem Freunde, was er sagte.

er hätte gewiß manches Neues sagen können. Im Uebrigen wurde die Staatsdebatte zu Ende geführt.
 Herr von Bennigsen und die Socialdemokratie. Bei einem Festsahl, das die Nationalliberalen zur Feier der Reichsgründung im Kaiserhof in Berlin gehalten haben, hat Herr von Bennigsen die besitzenden Klassen ermahnt, zur Lösung der socialen Frage ein herzliches Verhältnis zu den Arbeitern herzustellen. — Bei einem parlamentarischen und wiederholt das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale geworfen hat, um das Socialistengesetz zu Stande zu bringen bez. zu verlängern, mag die Auffassung von dem, was ein „herzliches Verhältnis“ ist, wohl etwas abweichen von der Auffassung, die die Arbeiter selbst haben, — meint die „Berl. Volksztg.“. Und Herr von Bennigsen ist jeden Augenblick bereit, ein neues, noch viel härteres Socialistengesetz mit zu Stande zu bringen — dafür ist er ja ein nationalliberaler Mann und sogar Parteiführer.
 Die Macht des Herzens. Zu den Fürsten, die es lieben, durch persönliche Kundgebungen in die Parteilämper einzugreifen, gehört auch der Großherzog von Baden. Er hat am 18. Januar gelegentlich des Brunnmahles in Karlsruhe die Anwesenden durch einen Trinkspruch auf das deutsche Heer erheitert, in dessen Verlauf es heißt:
 „Sie, meine Freunde, haben oft die Macht am Rhein geübt, wenn der Ruf an Sie erging. Es war ein Freudenspruch und Sie haben schöne Erfolge gehabt. Heute brauchen wir die „Macht am Rhein“ nicht mehr in diesem Sinne zu singen, weil die Grenzen weitergerückt sind. Aber, meine Freunde, dieser Spruch gegenüber steht noch eine andere Macht, die Macht des Herzens. Sie verstehen, was ich darunter meine; diese Macht zu halten und zu stärken, damit wir vor dem Unglück bewahrt bleiben, das sich der Umwälzung mehr und mehr Bahn bricht, das in der Macht des Herzens. Die Macht, die vor 25 Jahren begründet wurde, soll auch in Zukunft anhalten und uns vor allem Unglück bewahren. Sie, meine Freunde, wirken Sie in Ihrem Kreise, diese Macht zu stärken.“
 Der Großherzog hat auch zur Proclamation der „Macht des Herzens“ gesagt: „Sie verstehen, was ich darunter meine!“ So ganz deutlich ist das schäme Gleichniß nun aber doch nicht. Deuten wir es nach der Analogie „der Macht am Rhein“, so meint er jedenfalls, daß die Umwälzungsbestrebungen nicht in die deutschen Herzen eindringen sollen. Die Warnung kommt etwas zu spät. Da wir wohl nicht wohl geben in der Annahme, der Großherzog meine mit dem „Umsatz“ die socialdemokratischen Bestrebungen, so sind wir berechtigt festzustellen, daß diese Bestrebungen, gegen die er die deutschen Herzen schützen will, bereits in zwei Millionen deutscher Männerherzen Wurzel gefaßt haben, und diese Herzen rechnen wir zu den besten, die in Deutschland schlagen.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95, sowie über die Verwendung des Afrikafonds, und eine Zusammenstellung ausländischer Gesetze, betreffend die bedingte Verurteilung, und amtlicher Mittheilungen über die Anwendung dieser Gesetze zugegangen. Nach dem Bericht über die Colonien sind aus dem jährlich mit 200,000 Mark dotirten Afrikafonds im Jahre 1894/95 198,504 Mk. verwendet worden, darunter 78,321 Mark für Kamerun, insbesondere noch für die Expedition zur Eroberung des Südsüdes des Abam und die Station Gunde, 89,995 Mk. für das Togogebiet und dessen drei Stationen, 15,822 Mk. für Ostafrika. Für 1895/96 sind vorgegeben: bedingte Verurteilung, unter Verwendung eines Afrikafonds aus dem Verjahre von 111,000 Mk., 305,531 Mark, wovon 50,764 Mk. für Kamerun, darunter 36,000 Mark für die Station Gunde, 15,000 Mk. für Togo, darunter 90,000 Mk. für die drei Stationen im Binnenland, wovon 57,700 Mk. für Ostafrika, darunter 14,000 Mk. für die westafrikanische Station am Saharaberg, und 1,000 Mk. für die Station in Neu Guinea zur Erweiterung des Schutzgebietes. Aus dem Fonds haben auch Kamerunstationen für die westafrikanische Stationen zu-

„Wie er zu demselben Punkte nach Hause kam, sagte er zu seiner Frau:
 „Hast Du die Deine Geschichten beendet?“
 „Ja“, erwiderte sie. „Aber ganz Wacker war noch ungenügend, ob sie ihn nicht würde. Sie schwante und redete ihm und brach die Fortsetzung und Genießen: was weiß ich! Sie kam mir sehr unangenehm vor. Spädet aber nichts; sie wird doch kommen, heute.“
 Er packte sie fest: „Küßlich küßlich sie.“
 Er war über seine Sache aber doch nicht gewiß und erwiderte mit einer gewissen Unruhe des Tages des Diners.
 In wenigen Minuten erhielt er ein kleines Billet von der Frau Director: „Ich habe mich, freilich mit großer Mühe, frei gemacht und bin da. Aber mein Gatte kann mich nicht begleiten.“
 „Es war sehr lang von mir, daß ich mich nicht bei ihr haben lasse“, sagte die Frau. „Das hat sie bezeugt. Also ungenügend!“
 Er erwiderte ihr: „Kommen aber doch mit einer gewissen Unruhe. Sie erwiderte und ich habe mich, etwas frohlich, von mir übergeben.“ Er machte sich ganz klein, ganz klein, ganz klein.
 Frau Director's Wächter und Frau Director's Wächter waren mit ihren Gatten erschienen. Die Gatten von Director plauderte von ihren Kindern. Frau von Director war erstickend in ihre Toilette von eleganten Kleidern: sie trug ein gelbes und schwarzes gestreiftes Kleid, das ihre herrliche Taille, ihren Hals und ihre weißen Arme hervortreten ließ und ihren Regenschirm eines eleganten Ausdrucks verlieh.
 Da kam ich zum ersten Mal zu Hause. Während des Diners war er überaus angenehm und sprach mir von seinen Plänen. Von Frau zu Frau ich in Gärten an. „Sie ist wirklich schön und schön“, sagte er. Dann kamen seine Augen auf seine Frau und er ließ sie auch nicht

wendungen erhalten in Kamerun, Togo, Ostafrika und auf den Marshallinseln.
 Der Revolutionär auf dem Reichstisch. „Mit großem Befremden wurde es, wie die „Post“ meldet, bei der Feier im Weißen Saale bemerkt, daß der Abgeordnete Köhler, Mitglied der Deutschen Reformpartei und Vertreter des 1. Kreises des Großherzogthums Hessen, in kurzer grauer Trappe erschien, obwohl in der Einladung ausdrücklich gesagt worden war, daß der Anzug für die nicht Uniform tragenden Abgeordneten Frack und weiße Binde sei.“ Schrecklich! Wie kann man nur —!
 In Sachen Wehlan ist, wie bereits gemeldet wurde, nunmehr Berufung gegen das unverständliche Urtheil der ersten Instanz eingelegt worden. Ferner ist bereits mitgetheilt worden, daß der im Proceß gegen Wehlan von diesem der Unkenntlichkeit beschuldigte und daran als unzuverlässig bezeichnete Belastungszeuge Marinemaschine Gehhardt, gegenwärtig in Kiel, sich dieserhalb beim zuständigen Vorgesetzten beschwert hat und daß er daraufhin vom Stationschef Viceadmiral Thomsen vernommen worden ist, wo er weitere gravierende Belastungsmomente gegen Wehlan vorgebracht haben soll. Hierzu wird den „Luz. N. N.“ aus Kiel geschrieben: Es soll sich herausgestellt haben, daß der Maschinist der Kaiserlichen Marine, Gebhardt, als vollständig zuverlässig anzusehen sei, gegen Wehlan aber noch weitere, diesen besonders gravierende Belastungsmomente vorliegen. Gebhardt hatte vor der kaiserlichen Disciplinarkammer u. A. aus, es sagt, daß Wehlan in Victoria drei Gefangene der Grausamkeit seiner Soldaten preisgegeben habe. Diese sollen die drei Gefangenen regelrecht abgeschlachtet haben. Wehlan, Gebhardt hatte diesen Vorgang folgendermaßen geschildert: Die Schwarzen wurden mit Messern zerhauen, zerhackt und verstückelt, da Wehlan den Befehl gegeben haben, die Gemehre beim Töbten nicht zu gebrauchen. Die jetzt von Gebhardt vor dem Stationschef angegebenen Grausamkeiten, denen Wehlan sich schuldig gemacht haben soll, sind in einer solchen Weise haarsträubend und empörend, daß die Einzelheiten zu schildern ganz unmöglich wäre. — Gebhardt ist nach Berlin abgereist, um dort weitere Jugendaussagen gegen Wehlan zu machen und auch eine Verleumdungsklage gegen diesen anzustrengen.
 Die conservative Partei und Hammerstein. Die „Conservative Correspondenz“ veröffentlicht folgende „Richtigstellung“: „In verschiedenen Blättern wird berichtet, „sicherem Vernehmen nach habe der Eiser-Ausschuß der conservativen Partei in seiner Sitzung am 16. d. M. beschlossen, eine Erklärung in der Richtung zu erlassen, daß er von der Hammerstein Angelegenheit: nicht so zeitig unterrichtet war, daß er etwas zur Verhaftung des Freiherrn v. Hammerstein hätte beitragen können.“ Dieses sichere Vernehmen“ beruht auf Täuschung. Weder in der oben erwähnten noch in dieser vorangehenden Sitzung des Eiser-Ausschusses ist auch nur mit einem Worte von dem „Fall v. Hammerstein“ die Rede gewesen.“
 Wir glauben das gern. Hammersteinereien sind auch ein höchst unangenehmes Redethema für die Herren.
 Der frühere Parlamentarier, Oberbürgermeister Carl Baumbach, ist nach längerem Leiden in Danzig gestorben. Er ist geboren 1844 in Meiningen, besuchte das dortige Gymnasium, alsdann die Universitäten Jena, Heidelberg, Leipzig, Berlin. Nachdem er längere Zeit als Richter thätig gewesen war, begann er als Landrath des Kreises Sonneberg in Meiningen (von 1878 bis 1891) seine politische Carrière. 1880 wurde Baumbach für den Wahlkreis Meiningen in den Reichstag gewählt, 1884 bis 1893 vertrat Baumbach den unipoln Berliner Wahlkreis. 1893 unterlag der 1891 zum Oberbürgermeister von Danzig avancirte Abgeordnete in der Stichwahl gegen den socialdemokratischen Candidaten. Baumbach war von 1890 bis 1893 zweiter Vizepräsident des Reichstages. Seit

(Fortsetzung folgt)

1891 war der Verstorbene noch Mitglied des Herrschaftlichen für die Stadt Danzig. Baumbach gehörte der freisinnigen Volkspartei an, hat aber, seitdem er Oberbürgermeister in Danzig geworden war, auf seine politische Thätigkeit fast ganz verzichtet. Nur für das Rufrecht kommen der Landtagsverträge wirkte er als Vertreter Danzigs noch energisch mit, auch war er bis zuletzt ein guter Bekannter auf allen interparlamentarischen Friedenscongressen.

Ein liebtliches Wahlrechts-Idyll berichtet der Hannoverische „Vollwille“ aus Dissen. Dort ist der oben genannte Herr einbervorneher Westendarp wegen allerlei Wahlmogeheiten und gegen einen Flugblattvertheiler geküßter Freiheitsberaubung seines Amtes enthoben. Am Mittwoch voriger Woche wurde nun der Herr wiedergewählt. Wie das zugegangen, erzählt der Dissen'sche Correspondent des „Vollwille“ wie folgt:

Wer nun unsere hiesigen Verhältnisse nicht kennt, der wird sich nach alledem, was Herr Westendarp auf dem Kirchhof hat, über den Ausfall der sogenannten „Wahl“ sicherlich wundern. Aus Nachsichtendem ist jedoch zu ersehen, daß das Resultat der Wahl ein anderes nicht gut sein konnte. Zunächst ist etwa die Hälfte der Einwohner auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stellung überhaupt nicht in der Lage, sich an der Wahl betheiligen zu können; sodann haben etwa 2/3 der Wahlberechtigten von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht und dritten war der Intimus Westendarp, der die sogenannte Margarinefabrikant Homann, mit solch einem Eifer für seinen Rufenfreund thätig, daß die Wahl Westendarp von Anfang an sicher war. Thatsächlich kann nämlich eigentlich hier nur derjenige Ortsvorsteher werden, dem Herr Homann seine Gunst schenkt, denn dieser Herr hat für seine Person über 200 Stimmen zu verfügen, dazu kommt dessen Bruder mit 13 Stimmen, Westendarp selbst mit 11 und dessen Sohn mit 3 Stimmen. Danach hatten also Westendarp und sein Intimus Homann von den abgegebenen 774 Stimmen schon 227 Stimmen, also fast ein Drittel sämtlicher abgegebenen Stimmen, davor, ehe die übrigen Wahlberechtigten überhaupt in Frage kamen. Sodann waren sämtliche Wahlberechtigten, die bei Homann in Beschäftigung stehen, am Platze, und das will auch etwas sagen. Ferner ist zu beachten, daß die Clubfreunde Westendarp's, sowie sonstige hiesige Spitzgen ja doch sämtlich der nationalliberalen Richtung angehören, und wenn auch manch Einer unter ihnen sein mag, der mit dem System Westendarp nicht zufrieden ist, so drückt man hier doch wohl ein Auge zu; denn es galt, auf alle Fälle zu zeigen, daß Westendarp trotz seiner Verurteilung das Vertrauen der Gemeinde — wenn auch nicht der Mitgliederzahl nach, so doch der Mehrzahl der Stimmen nach — nicht eingezogen hätte, und er deshalb der so sehnlichst erwarteten Begnadigung würdig sei. Dieser Schachzug ist nun glücklicherweise; denn trotz aller Chancen und aller nur erdenklichen Mühe haben 77 Wähler, die insgesamt über 200 Stimmen zu verfügen hatten, gegen Westendarp und für den Gensdarm Sodejroy gestimmt. Von einem Vertrauensvotum unserer Gemeinde für Westendarp kann also durchaus keine Rede sein.

— Mainz, 21. Januar. Heute Vormittag fand im hiesigen Stadthaus die Ergänzungswahl zum Kreisstag statt, zu welchem durch die Stadtverordnetenversammlung 5 Mitglieder zu wählen waren. Auszuwählen hatten zwei Nationalliberale und zwei Ultramontane und ein Mandat war durch den Tod des früheren Oberbürgermeisters von Mainz, Dr. Dörsner, vacant. Gewählt wurden nach einer vorher gemachten Vereinbarung von jeder der fünf im Stadthaus vertretenen Parteien je ein Mitgl., von der socialdemokratischen Partei Reichs-tagsabgeordneter Genosse Jöhl. Mit ihm zieht der erste Socialdemokrat in eine beratende Körperschaft in Hessen ein. Ist die Wahl auch von keiner großen politischen Bedeutung, so bedeutet sie immerhin einen Fortschritt unserer Partei im Allgemeinen.

— Als Prophet hat sich der bayerische Agrarier Freiherr v. Thüngen aufgethan, nachdem er aus dem Vorkant des Bauernbundes auscheiden mußte. In einem Briefe giebt er den Bauernbündlern den guten Rath, ja nicht das Amtenthum, die Geilichkeit und den Adel anzugreifen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß sich der Adel in Masse der Bauernbewegung anschließen werde. Auch die deutschen Fürsten wurden sich ihres Ursprungs aus dem freien Bauernstande erinnern. Thun sie es nicht, dann seien in 25 Jahren die deutschen Throne und Thronchen so ziemlich erledigt.

Frankreich.

Der neue Senatspräsident Loubet hielt bei Übernahme seines Amtes eine längere Ansprache, in der er den Senat als den besten Beschützer der Freiheit gegen die Utopisten und Diktatoren hinführte. Ferner wandte er sich gegen die progressive Einkommensteuer und endigte mit einer Lobrede auf Floquet. Es wurde sehr bemerkt, daß Loubet gegen die Einkommensteuer, welche das Cabinet Bourgeois vorschlägt, heftig aufgetreten ist.

Italien.

Da es augenblicklich wieder ans Gedausgehen in Italien geht, so dürfte es gar nicht nutzlos sein, einige statistische Zahlen zu beleuchten, die den Widerspruch zwischen dem äußeren Ruhmesglanz und dem inneren Segen erweisen. So wanderten in den ersten neun Monaten 1895 aus Italien 223,761 Personen aus gegen 165,809 im gleichen Zeitraum von 1894. Bezeichnend ist auch, daß von 5759 Fremden, die sich im Jahre 1894 in Frankreich naturalisirten, 1653 Italiener waren. Vergleiche man nun noch die Berichte über die Arbeiterentlassungen, weil die Fabrikbesitzer dem hohen Steuerdruck erliegen, die zunehmenden Zwangsversteigerungen, die steigende Zahl der Arbeitslosen, namentlich in Rom, so nimmt sich die obenstehende Expedition gar eigenhümlich aus. Und dazu sendet man ja in diesem Augenblicke Colonisten nach Erythraa. In „Maffaero“ beleuchtet Mancini die rührende Fürsorge für die afrikanische Colonie durch die Statistik der Ausgaben, die die einzelnen Staaten Europas für die Föderung der Landwirtschaft machen, und da ergibt sich

folgendes Bild: Während Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung jährlich Lire 0.60 ausgibt, England 0.55, Belgien und die Schweiz je 0.40, Deutschland 0.35, Oesterreich Ungarn 0.30, Rußland und Spanien je 0.25, kommt Italien mit 0.20 als letztes. Umgekehrt hat Italien den höchsten Procentsatz in der Grundsteuer. Während die Schweiz 8 Prozent, England 5 Prozent, Deutschland 7 Prozent, Rußland 12 Prozent hat, figurirt Italien mit 30 Prozent im Innern erdrückt man also die Landwirtschaft, und in Erythraa, dem zweifelhaften Steinlande, hebt man sie. So erhalten die 16 Familien, die jetzt von Udine abreisen, je 16 Deciar Land, außerdem Vieh, Saat, Ackerwerkzeug und Vorschüsse für die Betriebskosten. Der Mailänder „Commercio“ bemerkt dazu: Haben wir denn keine Malaria, keine Sümpfe, keine Campagna mehr? Fehlt es nicht Hunderten von Gemeinden nach an gutem Trinkwasser, an Friedhöfen u. s. w.? Das thut nichts, es wird draußen doch weiter coloustrirt!

Amerika.

Auf Kuba hat sich die Situation nur insofern geändert, als Marshall Martinez Campos abberufen worden ist. Wie man aus Madrid meldet, hat der Ministerrath diese Maßregel mit den Meinungsverschiedenheiten unter den politischen Parteien begründet. Damit sind wohl nicht die Parteien in Spanien und im Ministerium, sondern die Parteien auf Kuba gemeint, die allerdings in Bezug auf den Plan und die Leistungen des Marschalls sehr verschiedener Meinung sind, die aber doch nur den Vorwand für die Maßregel geliefert haben dürften. Der eigentliche Grund ist offenbar die allgemeine Unzufriedenheit, ja man kann sagen, die wachsende Erbitterung über die elenden Ergebnisse der bisherigen Bekämpfung des Aufstandes, für die der Marschall in vollem Umfange verantwortlich ist, da er sowohl in politischer wie in militärischer Beziehung die ausgedehntesten Vollmachten hatte. Die Regierung wagte es freilich nicht, dem Marschall, der als „Königsmacher“ und Hauptstütze der altonapoleonischen Monarchie an höchster Stelle einen starken Rückhalt besitzt, den Schlag einer Abberufung zu versetzen, sondern legte ihm wiederholt nahe, er möge selbst um seine Abberufung einkommen; der Marschall that dies aber nicht, weil er für eine Feindschaft hielt, in der gegenwärtigen höchst kritischen Lage die Kante ins Korn zu werfen; dagegen erklärte er, wenn die Regierung ihn abberufe, sei es ihm ganz recht und er werde auch in einer untergeordneten Stellung seine Kräfte der Bekämpfung des Aufstandes widmen. Dabei blieb er, und auch die Anberufung, er solle „aus Gesundheitsrücksichten“ zurücktreten, ließ er unberücksichtigt. So mußte denn die Regierung, um der öffentlichen Meinung endlich eine Genugthuung zu gewähren, in den sauren Apfel beißen und selbst den Rücktritt des Marschalls beschließen. Ob seine Nachfolger glücklicher sein werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls dürfen die Aufständischen die Abberufung des Marschalls und den Wechsel im Obercommando als Erfolge verzeichnen, die unter Umständen von weittragender Bedeutung werden können. Beachtenswerth ist, wie Martinez Campos sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe — er soll ja zu milde den „Aufwühlern“ gegenüber gewesen sein — vertheidigt. Er telegraphirte, sein Verfahren sei nicht so milde gewesen, wie behauptet werde. Er füßilire die Anführer und schickte die Gefangenen ins Bagno, die Insurgenten dagegen zurück in die Gefangenen und heilen die Verwundeten. Das ist ja ein schönes Zeugniß, welches der Marschall seiner Führung ausstellt. Da nimmt es nicht Wunder, daß der Aufstand immer mehr um sich greift. In einer Rede, die Campos bei Uebergabe des Oberbefehls an den General Marin hielt, sagte er nach einer Depesche aus Havana das Gegentheil: Er habe seine Pflicht erfüllt mit dem Bewußtsein, großmüthig gegen die Aufständischen gehandelt zu haben, von denen er keinen kriegsrechtlich erschießen ließe. Er gebe zu, daß er wenig Erfolg in dem Feldzuge gehabt habe, denn die Aufständischen seien in die Provinzen Matanzas, Havana, Pinar del Rio eingedrungen.

Afrika.

In Kamerun sind neue kriegerische Unruhen ausgebrochen. Wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet, haben in letzter Zeit in der Nähe der Station Jaunde mehrtägige Kämpfe der dortigen Garnison mit aufwühlenden Eingeborenen stattgefunden, in denen zwei Europäer der Scharfrichter, Premierlieutenant Bartsch und Büchsenmacher Zimmermann, verwundet, sieben Farbige gefallen und mehrere verwundet sind. Premierlieutenant Bartsch befindet sich in Kamerun, Büchsenmacher Zimmermann wahrscheinlich in Solobos, einer Station zwischen der Küste und Jaunde. Der Commandeur der Schutztruppe ist beauftragt worden, ungesäumt die geeigneten militärischen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu treffen. — Hoffentlich wird diese „Ordnung“ nicht in Wehlan-Leislicher Manier hergestellt.

Den Italienern geht es in Abyssynien sehr schlecht. Rasalle ist thatsächlich verloren und neue Mißerfolge drohen. General Baratieri's Vorposten stehen jetzt vor Sinitak. Es wird versichert, daß alle Ras-Matonnen compromittirenden Briefe, die dieser mit Baratieri gewechselt hat, in die Hände Meneliks gelangt sind. Letzterer soll daraufhin den Ras Matonnen und mehrere andere Führer des Verraths angeklagt haben. — Die italienische Regierung ermächtigte den General Baratieri, die von Menelik gemachten Vorschläge zu prüfen und unter Wahrung der militärischen und politischen Autorität Italiens mit ihm zu verhandeln. Die Vorschläge werden sich zunächst auf die Räumung Rasalles beziehen. Die Kriegsführung der Italiener gegen die Scharaner könnte man operettenhaft nennen, wenn nicht so viele junge Menschenleben dadurch vernichtet worden wären. In Europa ver-

schleppen die Italiener drei Abessinier als Geiseln und in Afrika intriguiren sie während des Krieges. Auf der Bühne mag sich dergleichen romantisch ausnehmen; auf dem Kriegsfeld dagegen ist es weder romantisch noch zeigt es von besonderem Muth. Außerdem ist den Italienern noch die offensibare Unaufrichtigkeit in der Berichterstattung zu Lasten zu schreiben. Uebrigens wird es ihnen sauer genug gemacht, sich in der erythraischen Colonie zu halten. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist dem Vatican mitgetheilt worden, daß ein russisch-abessinischer Botschafter im Stande gekommen sei und zwar auf Betreiben des Obersten Leontieff einer der Hauptpunkte in dem Vertrage stellt, daß die orthodox-abessinische Kirche unter dem Protectorat der Synode von Petersburg stehe. Dieser Vertrag ist von großer Tragweite und man macht sich in Rom sein Gehl daraus, daß nach demselben Italien in Abyssynien weder weitere Eroberungen machen, noch die jetzigen Besitzungen werde erhalten können.

Der König der Aschantis, nach deren goldreichem Lande John Bull schon so lange begehrt hat, Premeh, hat sich am 20. Januar öffentlich den Engländern unterworfen; der König und einige seiner Verwandten werden für die Dauer der Verhandlung in Betreff der Entschädigung in Cape Coast Castle festgehalten, d. h. sie sind Geiseln für den Abschluß des profitablen Geschäfts.

Japan.

Die Früchte seines Sieges über China bekommt nun das „ostasiatische Preußen“, wie man Japan wohl genannt hat, zu kosten. Das japanische Armeebudget ist um 20 Millionen Yen und das Marinebudget um 24 Millionen Yen vermehrt worden. In zehn Jahren soll die Stärke der Armee sowohl wie die der Marine verdoppelt werden. — Ganz wie bei uns!

Chronik der Majestätsbeleidigungsproceße.

Aus Garburg wird gemeldet: „Der Arbeiter August Sch. aus Jamlich, Kreis Lüben, soll sich im hiesigen Krankenhaus, wo er als Kranker war, wiederholt beleidigend über den Kaiser geäußert haben. Er wurde dieserhalb verhaftet.“ Unser dortiges Parteiorgan, das „Vollsolat für Garburg“, bemerkt zu dieser Denuncation aus der Krankenkasse: „Es ist sehr bedauerlich, wenn trotz aller so oft wiederholten Warnungen einzelne Personen absolut nicht im Stande sind, ihre Zunge im Zaum zu halten. Fast scheint es, als ob dieselben denken würden: „Ach was, diese Warnungen gelten nicht für mich — ich bin viel zu schlau, als daß ich mich vergaloppiren könnte!“ Der Schlußeffect ist dann die Untersuchungsgefelle. Reiß sind es dieselben Leute, welche auch jeder Organisation mit großen Schritten aus dem Wege gehen und sich für Besammlungsbesuche oder irgend eine andere Betthätigung des Solidariätsgefühls absolut nicht begeistern können. — Möge doch jeder lernen, seine Zunge im Zaum zu halten!“

Referat über eine Majestätsbeleidigungs-verhandlung. Der Redacteur des „Vorwärts“, Josef Dierl, wurde am 5. October 1895 vom Landgericht Berlin I wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Inmilitant war ein in Nr. 65 des „Vorwärts“ abgedrucktes Referat über eine Verhandlung vom Landgericht Zwickau vom 11. März 1895, in welcher der Weber K. wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde, weil er in einer Textarbeiterversammlung in Beziehung auf den Kaiser eine Äußerung gebraucht hatte, in der das betreffende Gericht eine Herabwürdigung des Kaisers erblickte. Der Verhandlungsbericht in der „Berichtszeitung“ des „Vorwärts“ unter der Spitzmarke „Wie man in Sochsen Socialisten verurtheilt“ abgedruckt, wiederholte auch die incriminirte Äußerung, worin das Landgericht Berlin I eine neue Majestätsbeleidigung erblickte, indem es ausführte, an sich sei ein Referat über den Gang einer derartigen Verhandlung nicht strafbar, wohl aber, wenn in dem Referate ohne erschöpflichen Wiederholung der beleidigenden Äußerung dem Wortlaute nach habe der Verfasser die Beleidigung in seine Publication aufgenommen. Als strafschärfend wurde noch die Tendenz des „Vorwärts“ berücksichtigt, dessen ausgesprochenes Ziel die Herabwürdigung der staatlichen Ordnung sei. Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil enthielt zunächst eine processuale Klage: nach Verlesung des Beschlusses des Kammergerichts vom 18. Juli 1895 über Eröffnung des Hauptverfahrens erklärte der Angeklagte, er wolle einen Antrag auf Ablehnung des Vorstehenden Brausewetter wegen Befangensein stellen. Der Staatsanwalt erklärte, ein solcher Antrag würde — jetzt erst gestellt — unzulässig sein, was der Beleidiger an sich auch anerkannte, jedoch daran die Bitte knüpfte, dem Angeklagten wenigstens zu gestatten, die Begründung des Antrags vorzutragen. Das Gericht lehnte es jedoch ab, wegen Verjährung des Antrags sich darauf einzulassen. In einer auf diese Beschwerde gerichteten Gegenerklärung wurde ausgeführt, der Antrag sei thatsächlich gar nicht gestellt worden, der Angeklagte habe nur erklärt, er wolle es thun, habe sich aber dann auf die Mittheilung, daß es dazu zu spät sei, beruhigt; an der Berathung darüber habe aber der abzuwählende Vorsitzende theilnehmen können, weil es sich nur um die zeitliche Zulässigkeit der Stellung des Antrags gehandelt habe. Material behauptete die Revision, es fehlten Thatachen dafür, daß eine Beleidigung überhaupt vorliege, was subjectiv nicht festzustellen sei. Der Angeklagte habe den ehrenrätenden Charakter der Äußerung bestritten und jedenfalls nicht geglaubt, daß man in der Wiederholung der Worte eine neue Majestätsbeleidigung erblicken könne. Auch das Landgericht sei Anfangs dieser Ansicht gewesen, indem es die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnte. Bestritten wurde auch das Innewohnen der Absicht der Beleidigung, vielmehr sei der Angeklagte zur Wiederholung der Worte durch die Absicht geleitet worden, die Genossen vor dem Begehren ähnlicher Handlungen zu warnen. Damit habe er nicht, wie das Gericht meint, diesen Zweck überhaupt nicht verfolgt, sondern mit überflüssigen Mitteln verfolgt. Der Reichsanwalt erklärte die Beschwerde für unbegründet. Der Antrag wurde nur angeführt und auch das nur erst nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses in der Hauptverhandlung; an dem Beschlusse auf Ablehnung des angeführten Antrages konnte jeder Richter theilnehmen, zumal es ja einen formellen Ablehnungsgegenstand gar nicht gekommen war. Auch materiell liege zweifellos obendrein eine Majestätsbeleidigung vor, ebenso wie der Verfasser des Beschlusses des ehrenrätenden Charakters der Äußerung gehabt habe. Weder dem ungenaueren Verfasser noch dem Angeklagten sei die Bedeutung der incriminirten Worte auf den Kaiser zweifelhaft gewesen, da sie ja beide das

Die „auf geführte“ Pesse Sachsens hat für die politische Maßregel natürlich kein Wort der Kritik.

Die bedingte Begnadigung ist nun auch in Bayern eingeführt; bedingte Begnadigung, nicht bedingte Verurteilung, denn die Mitwirkung der Gesetzgebungsorgane und der Richter ist ausgeschlossen. Der Justizminister bekommt das Recht, bei einer erstmaligen Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten, wenn der Verurteilte bei Vergebung der That das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte und die Hände zu seinen Gunsten sprechen, einen Aufschub der Strafvollstreckung anzusprechen. Hat sich der Verurteilte in der Probezeit gut geführt, so soll er der Krone zur Begnadigung empfohlen werden. Diese Handhabung giebt nach zwei Seiten Anlaß zu Bedenken. Erstens wird die Sache als S. adenact behandelt, während Strafaufschub und Strafaufhebung der Ausfluß des abgegrenzten Rechtszustandes sein sollen. Wie der Richter über die mildernenden Umstände befindet, befindet er auch am besten über die bedingte Verurteilung, und zwar nach fixierten Normen. Eine andere Frage ist die der erforderlichen Mißschreiberei! Wenn nicht der Richter, sondern der Justizminister die Sache in die Hand bekommt, so muß der Minister über jeden Fall referieren, sogar zwei Mal referieren lassen. Das erfordert für's ganze Land einen gewaltigen Arbeitsaufwand. Dann führen wir die Richtpflicht wieder ein Stück schriftlichen Verfahrens mit allen Nachteilen eines solchen ein. Der Eindruck, den die Referenten des Justizministers aus den Acten gewinnen, deckt sich sicher nicht immer mit dem lebendigen Eindruck, den der Richter in der Verhandlung gewinnt. Beim Justizminister ist die Sachverhaltskenntnis über die Sache zu sprechen, eine Bedeutung für die Entwicklung der Maßnahme dürfte das aber nicht haben, da deutsche Regierungen sich oft wenig um Wünsche der Volksvertretungen zu kümmern pflegen.

England.

Bei einem Bankett, welches Dienstag Abend im „Hotel Metropole“ zu Ehren des neuen Gouverneurs von Queensland, Lamington, unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für die Colonien, Chamberlain, stattfand, hielt letzterer eine Rede, die aus London folgendermaßen telegraphisch übermittelt wird:

Chamberlain führte aus, die Ereignisse in Süd-Afrika würden den Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung in England und Afrika bilden. Redner versicherte, die Engländer würden beide Theile hören, ehe sie ein Urtheil abzugeben versuchen würden. Vor wenigen Wochen erschien England allein stehend, umgeben von eiferfüchtigen Nebenbuhlern und einer ganz und gar unerwarteten Feindseligkeit. Unsere Differenzen mit anderen Nationen, fuhr Redner fort, welche seit langer Zeit bestehen, nahmen plötzlich drohende Verhältnisse an, und von Seiten, von denen wir in Anbetracht unserer Lieferungen und einer gewissen Interessengemeinschaft, Freundchaft und Achtung erwarten durften, wurde uns plötzlich mit Argwohn begegnet und selbst mit Haß; wir mußten sehen, wie unsere Friedensliebe als ein Zeichen von Schwäche und unsere Gleichgültigkeit auswärtiger Kritik gegenüber als eine Aufforderung zu Beleidigungen angesehen wurde. Wir mußten darauf gefaßt sein, daß unsere Niederlage mit schwerer Verletzung der Gerechtigkeit betrachtet wurde von unseren Nebenbuhlern. Kein besserer Dienst wurde uns jemals geleistet, als da wir in den Stand gesetzt wurden, aller Welt gegenüber zu zeigen, daß während wir entschlossen sind, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, wir ebenso entschlossen sind, unsere Rechte aufrecht zu erhalten. Vor drei Wochen stand das Mittelreich gänzlich isolirt, jetzt steht es sicher in der Kraft seiner eigenen Hülfsmittel und der Loyalität seiner Kinder im ganzen Reich. In zukünftiger Zeit wird der Hund des „großen Britanniens“ nicht nur für die eigene Sicherheit sorgen, sondern ein mächtiger Factor sein für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Im weiteren Verlaufe seiner Rede pries Chamberlain dann, daß „Queensland drei Mal so groß wie das Deutsche Reich sei, welche Bemerkung neuen Beifallsturm entziffelte.

Wäre Herr Chamberlain den Mund etwas weniger voll genommen haben, so würde das Mund voll, geschmeckt voller und für die Bewahrung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern erproblicher gewesen sein, als diese prozentartige Großhueret. Es ist nun aber einmal leider so, daß die Cyarvinen aller Länder einander in Großhuereten zu überbieten suchen und die englischen Chauvinisten oder Singes, wie sie dort zu Lande genannt werden, sind eben solche Prahlhänse wie ihre Concurrenten auf dem europäischen Continent oder in Amerika.

Europäischen Prinzen ist Afrika gefährlich. Der gegen die Aschassis ausgelegene Verwandte der Königin Victoria, Prinz von Battenberg, ist an einem Klimastich gestorben.

Die „Times“ meldet aus Capstadt unter dem gestrigen Tage: Die Verhandlung gegen die politischen Gefangenen in Pretoria findet am 21. April statt.

Die Schweiz ist erucht worden, in dem alten Behringssmeer-Streife zwischen Cayland und Nordamerika — es handelt sich um den Robbenfang — Oberfeldrichter zu sein.

Italien.

Wegen Einführung eines Zuschlages zur Einkommensteuer waren in verschiedenen Ligurischen Städten große Tumulten geschlossen worden, in der von den Fabrikanten zuletzt vorgelegten Abicht, die Tausende von Arbeitern zu Unruhen zu veranlassen, um so die italienische Regierung zur Zurücknahme der neuen Steuer zu zwingen. Es kam auch zu einigen, aber wenig bedeutenden Aufständen; doch hatten die Fabrikanten ihren Zweck erreicht. In Folge einer Verständigung mit der Landesbehörde, wie sie sagten, offizien sie nach kurzer Zeit die Fabriken wieder. Demnach scheint die Zuschlagssteuer gesamt zu sein, einach in Folge einer „Verständigung“ — bezeichnend für Crispi's Ehem. In einem sehr instructiven Artikel hat das Centralorgan der italienischen Socialisten, „La lotta di classe“, den Justizminister vor, wie sie auch ihre Andeutung des „retten Mannes“, eben Crispi, demselben erzwungen hätten, den Grund

besitz (beim Kleinbesitz ist es grade umgekehrt) von Steuern ziemlich frei zu halten, so daß zum Ausgleich die Industrie mehr herangezogen werden mußte. Wenn man sich nun über die Nichtzahlung der erhöhten Einkommensteuer „verkräftigt“ hat, welches Gebiet wird nun Crispi mit einem Raubzug heimsuchen?

Amerika.

Aus Venezuela waren in New-Yorker Blättern Meldungen veröffentlicht, wonach die Engländer von Britisch-Guyana aus vorgehen, um das streitige Grenzgebiet militärisch zu besetzen. So meldet die „World“ vom 17. Januar aus Caracas: Eine weitere Expedition mit zwei Kanonen ist, wie gemeldet wird, von Georgetown, der Hauptstadt von Britisch-Guyana, nach dem Guyanisch abmarschirt. Es heißt, daß Oberst McJunk, der Befehlshaber der Milit, an der Spitze der Expedition steht. — In englischen Blättern wird die Wichtigkeit dieser Meldung bestritten.

Afrika.

Immer neue Enthüllungen über den gegen Transvaal verübten Streich werden kund. Eine in London eingetroffene Depesche aus Bloemfontein enthält den Bericht der von der Regierung des Orange-Freistaates nach Pretoria entsandten Abordnung. Sein wesentlicher Inhalt ist meist durch bisherige Meldungen überholt; jedoch ist es interessant, daß aus den vom Präsidium Richter der Abordnung mitgebrachten Schriftstücken nicht bloß die Thatsache eines seit vielen Monaten vorbereiteten, durch ganz Süd-Afrika verzweigten, gegen die Unabhängigkeit Transvaals und wohl auch des Orange-Freistaates gerichteten Complots hervorgeht, an dessen Spitze nach Ansicht der Abordnung ohne Zweifel die Chartered-Company stand. Jameson's Einbruch sei nur ein kleiner Theil davon gewesen. Genauere Angaben strategischer Art über Transvaal waren vorbereitet, an verschiedenen Punkten von Transvaal waren Vorräthe angesammelt worden. Der Angriff sollte von verschiedenen Punkten auf ein Signal in Form eines diffirten Wortes erfolgen. Die eingeborenen Stämme waren auch gegen Transvaal aufgereizt, freiwillig in Natal und in der Capcolonie angeworben worden. In allen Hafensplätzen bestanden seit längerer Zeit Anordnungen zum Einschmuggeln von Waffen.

Parteiangelegenheiten.

Sommer'sche Partei. Am 19. und 20. Januar wurde in Solingen der rheinische Parteitag abgehalten, an dem sich 90 Delegirte aus 23 Wahlkreisen beteiligten. Aus dem Bericht des Agitationscomites erhellt der gute Stand der Presse und die thätige Wirkung der Agitation. In den Bericht der Mandatsprüfungskommission knüpfte sich eine längere, erregte Debatte, bei der die Solinger Streitigkeiten erörtert wurden. Es waren nämlich gegen die Mandate des Reichstagsabgeordneten Schumacher, der Genossen Stamm und Wolfers aus Solingen Proteste eingegangen. Die Commission beantragt das Mandat Schumacher's gültig, jedoch die beiden anderen Mandate für ungültig zu erklären. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß bei der Wahl der beiden Genossen, Freunden Schumacher's, die Abmachungen, die zwischen den Solinger Delegirten auf dem vorjährigen Parteitage getroffen wurden und wodurch der Frieden im Kreise Solinger hergestellt werden sollte, nicht gehalten worden sind. Die Abmachung von damals ging dahin, daß nur solche Genossen zu Vertrauensposten in der Partei zugelassen werden dürfen, die politisch organisch sind. Dieses trifft aber auf die Genossen Stamm und Wolfers nicht zu. Der erste Redner in der Discussion ist Abgeordneter Schumacher. Vor der Nachmittagsitzung hatte Schumacher ein Flugblatt an die Delegirten verteilt, in dem er sein Verhalten zu rechtfertigen sucht. Von den Gegnern Schumacher's war wiederum eine Anklageschrift gegen Schumacher und dessen Anhang verteilt worden. Schumacher bekennt in seiner Ausföhrung, gegen die Abmachungen gehandelt zu haben. An die Duisburger Abmachungen will er sich nicht gebunden betrachten, weil auch die Opposition diese Abmachungen nicht gehalten habe. — Genosse Frank. Begner Schumacher's, bittet den Parteitag, endlich einmal ein ernstes Wort zu reden. Durch den Bruch der Duisburger Abmachungen, in denen die Opposition die Hand zum Frieden bot und auch heute sich bemüht habe, alles zu vermeiden, was zu Streitigkeiten führen könnte, sei der alte Streit aufs neue und heftiger als je entbrannt. Fast sämtliche Redner verurtheilten auf das schärfste das Verhalten Schumacher's und bürten diesen als den Hauptverbreiter in der Partei des Reichs Solinger. Die Discussion, in der Schumacher wiederholt zum Worte kam, war eine recht unruhige. Die schwersten Beleidigungen wurden herüber und hinüber geschleudert. Genosse Genschler-Eberfeld glaubt, daß nicht eher Ruhe geschaffen werden könne, als bis die Reichstagsabgeordneten mit Schumacher ein ernstes Wort rede. — Die beiden Mandate der Genossen Wolfers und Stamm werden für ungültig erklärt. In Sachen Schumacher's nahm der Parteitag in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 32 Stimmen und 15 Stimmenthaltungen den von den Genossen in Vorschlag gestellten Antrag an. Der Antrag lautet: Die heute versammelten Parteigenossen von Solingen erklären einstimmig dem Parteitag in Solingen zu bitten, sich dahin auszusprechen, den Reichstagsabgeordneten Schumacher für die größten Principverletzungen an der Socialdemokratie feierlich für unwürdig zu erklären, ein Vertrauensamt der genannten Partei zu bekleiden. Schumacher nahm sofort das Wort zu folgender Erklärung: Ihre Abstimmung wird an dem hier bestehenden Zustande nichts ändern. Was meine Person anbelangt, so bleibe ich, was ich bin und was ich so lange war. Nach wie vor werde ich für unsere Ideen kämpfen auf dem Boden unseres Programms. Es kann auch kein Beschluß, mag er kommen, woher er wolle, davon abhalten. Der Solinger Arbeiterschaft werde ich Gelegenheit geben, darüber zu entscheiden, ob sie mich fernern als den übrigen betrachten will. Und da ich kein Zweifel, auf welche Seite sich diese stellen wird. Was die Opposition betrifft, so wird diese niemals einen nennenswerthen Einfluß auf die Bevölkerung ausüben können. Ihr Verein wird ein Verein ohne Volk bleiben und ihre Vertrauensleute werden ohne Vertrauen sein. Vanganhaltendes Stimmes des größten Theiles der Anwesenden im Saalraum folgte diesen Ausführungen. Durch die eingetretene Unruhe konnte in der Tagesordnung nicht fortgefahren werden und die Verhandlungen des ersten Tages wurden geschlossen. Am zweiten Verhandlungstag verlas der Vorsitzende, Genosse Reich, eine Erklärung von fast sämtlichen Reichs-Delegirten, in der diese den Beschluß des Parteitages gegen Schumacher als überreift betrachteten und diesen Befehl nicht anzuerkennen gesonnen sind. Zu regen Debatten gab auch der Punkt „Pesse“ Anlaß. Auch hier wurden die gegenseitigen Anschuldigungen und Verurtheilungen der zwischen einzelnen Genossen in Solingen und Eberfeld un-

terflogen, auf Schumacher als den Betrüger zurückgeführt und dadurch kam es, daß die Solinger nun ihre Zustimmung zu dem Beschluß gegen Schumacher aussprachen, wodurch sich die Zahl der Stimmen gegen Schumacher auf 52 erhöhte. — Nunmehr wird die socialdemokratische Reichstagsfraction in der Sache Stellung zu nehmen haben.

Gerichtliches.

Folgen der antisemitischen Agitation. In Seitenstraßen hat am Abend des 8. September d. J. eine von antisemitischen Agitatoren aufgetriebene Menge des Haus des israelitischen Handelsmannes Bloch, dessen Tochter am nächsten Tage Hochzeit halten sollte, arg verhöhnt und einen beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Menge bombardirte das Haus mit allen möglichen Gegenständen und machte schließlich auch Front gegen die einschreitenden Polizeibeamten, die den Exzessanten gegenüber machtlos waren. Nunmehr hat das Offener Landgericht gegen sieben der Unruhestifter verhandelt und drei wegen Landfriedensbruches zu je drei Monaten Gefängniß, dem niedrigsten Strafmaß, verurtheilt.

Wie weit gehen die Befugnisse eines Gerichtsvollziehers? Mit dieser Frage hatte sich kürzlich das Berliner Schöffengericht zu beschäftigen. Gegen den Kaufmann G. hatte der Gerichtsvollzieher H. eine Pfändung vorzunehmen. Er traf den Schuldner in seinem Geschäftslocale. Als dem Beamten vorgehalten wurde, daß die im Locale befindlichen Gegenstände der Doppelfirma G. und H. gehörten, in der Pfändungssache aber nur der eine Inhaber G. der Schuldner sei, erklärte der Gerichtsvollzieher, daß er dann allerdings von einer Pfändung der Sachen Abstand nehmen müsse, dagegen wolle er die Sachen des Schuldners nach etwaigen Werthgegenständen durchsuchen. Als er nun zu diesem Zwecke auf den Schuldner zutrat, nahm dieser eine drohende Haltung an, hielt dem Beamten abwehrend die Hände entgegen und erwiderte, daß er sich einer solchen Durchsuchung widersetzen würde. Der Gerichtsvollzieher zog es vor, sich unverrichteter Sache zu entfernen. G. erhielt eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Da er im Termin den Sachverhalt unumwunden zugab, so beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 30 Mk. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, plädirte auf Freisprechung, weil der Gerichtsvollzieher sich nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes befunden habe. Die Sachen seien nicht als Behältnisse anzusehen, welche der Gerichtsvollzieher ohne Weiteres zu durchsuchen das Recht besitze, sondern diese Art der Pfändung kennzeichne sich immerhin als ein Gewaltact, den der Beamte nur auf besonderen richterlichen Befehl oder unter Hinzuziehung von Zeugen vornehmen dürfe. Der Gerichtshof ließ diese Frage dahingestellt bleiben und erkannte schon deshalb auf Freisprechung, weil in dem abwehrenden Verhalten des Angeklagten ein Widerstand nicht gefunden werden könne.

Technik und Wissenschaft.

Ueber die Anwendung der Röntgen'schen Strahlen in der Medicin liegen Nachrichten von verschiedenen Seiten vor: In Wien hatten die am Dienstag von Professor v. Rosenfeld an zwei zu operirenden Kranken mit Röntgen'schen X-Strahlen gemachten Versuche einen vollständigen Erfolg. Die photographischen Bilder zeigten mit größter Schärfe und Präcision die Defecte an der durch einen Revolverhieb verletzten linken Hand des einen Mannes und deutlich den Sitz des kleinen Projectils, sowie auch bei einem Knaben, bei dem eine Operation vorgenommen werden sollte, ganz deutlich den Sitz und das Weisen einer Mißbildung am linken Fuß. Die Aufnahmen liefern sonach eine Handhabe für die genaue Bestimmung der Operationspunkte.

In Bern wurde ein Knabe, dem eine Nadel in die Hand gedrungen war, von dem Chirurgen Prof. Kocher zu dem Professor der Physik Dr. Förster gebracht, und es gelang letzterem, mittels der X-Strahlen vom Knochengestirke der verwundeten Hand sammt der Nadel eine photographische Aufnahme zu gewinnen. Es konnte in Folge dessen, ohne jeglichen operativen Eingriff, genau die Lage der eingedrungenen Nadel ermittelt und diese alsdann entfernt werden.

Ueber die Anwendung der Röntgen'schen Strahlen in der mundärztlichen Praxis theilt die Londoner medicinsche Zeitschrift „Lancet“ von folgenden interessanten Fällen mit: Im Londoner Guy-Spitale liegt schon seit Monaten ein Blatrose krank darnieder, dessen Extremitäten sich im Zustande vollkommener Erstarrung befinden. Er kann weder sehen, noch stehen, noch vermag er auch mit den Händen etwas zu greifen. Vor Monaten hatte man ihn betrunken ins Spital gebracht. Auf dem Rücken, in der Gegend der Wirbelsäule, war eine kleine blutende Wunde zu sehen, die indeß schon nach einigen Tagen wieder verheilte, während der Kranke selbst gelähmt blieb. Alle bisher angewandten Heilversuche erwiesen sich als fruchtlos. Dr. Williamson, der Primärarzt der betreffenden Spitalabtheilung, kam nun, als er von den Röntgen'schen Experimenten las, auf die Idee, in der beschriebenen Weise mehrere Rücken-Partien des Kranken zu photographiren, und da gewahrte er auf dem dem Bilde zwischen dem letzten Rücken- und dem ersten Kreuzwibel einen Fremdkörper, dessen Beschaffenheit er sich nicht zu erklären vermochte. Er machte also an der betreffenden Stelle einen Einschnitt und fand zwischen den Wirbeln eine Messerlinge so stark eingezwängt, daß sie förmlich herausgestemmt werden mußte.

Zermischtes.

In welchem Lebensalter ist der Mensch am stärksten? Wie alle Organe unseres Körpers, haben auch die Muskeln die Zeit ihrer Entwicklung, ihrer Blüthe und ihres Verfalls. Die physische Kraft des Menschen steigt bis zu einem gewissen Lebensjahre, um darauf wieder zu sinken. Von Forschern auf dem Gebiete der Menschenskunde wurde die Kraft der Muskeln mit Hilfe einer dynamometer (Kraftmesser) an Tausenden von Personen gemessen und auf diese Weise konnte ermittelt werden, wann wir in der Fülle unserer Kraft stehen. Für die Männer der weissen europäischen-amerikanischen Rasse ergaben sich dabei folgende Werthe. Die „Kraft“ eines Jünglings von 17 Jahren beträgt im Durchschnitt 128 Kilogramm; im 20. Lebensjahre steigt sie auf 147 Kilogramm, um im 30. und 31. Lebensjahre mit 164,2 Kilogramm ihren Höhepunkt zu erreichen. Von da ab sinkt sie allmähig, beträgt aber noch im 40. Lebensjahre 161 Kilogramm. Mit erst das 50. Lebensjahr tritt der dritte, dann geht es rascher abwärts, bis je nach der persönlichen Anlage des Einzelnen die Alterschwäche eintritt. Äger und Malaria zeigen einen frühlichen Entwicklungsgang ihrer Muskelkraft, bei den nordamerikanischen Indianern tritt dagegen die volle Kraftentfaltung etwas später ein; sie befinden sich im 35. bis 44. Lebensjahre auf der Höhe der Kraft.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

22. Sitzung vom 23. Januar 1896. — 1 Uhr. Die zweite Beratung des „Posttats“ wird fortgesetzt. Bei dem Titel „Unterbeamte“ wiederholt...

hat der Briefträger morgens um fünf Uhr die Semeln für die Familie des Postverwalters zu holen und außerdem noch eine Reihe häuslicher Arbeiten zu verrichten. Ich bin entschieden ein Freund der Frauenemanzipation, aber es hat doch alles seine Grenzen!

und Waldhut in Baden mehr Volkbezirke sind als Beamte, die die Briefe und Pakete auszutragen haben, so daß also ein Beamter zwei Bezirke zu versehen hat; für die städtischen Bezirke werden dabei regelmäßig die Landbriefträger zum Austragen der Briefe verwendet.

Stadt-Theater.

Freitag: „Judas“. Sonnabend: Wiederholung d. Festvorstellung zur Feier d. 25-jährigen Bestehens der Wiedererrichtung des deutschen Reiches.

Lobe-Theater.

Freitag: „Komte de Sancerre“. Sonnabend: „Die Schule der Frauen“.

Victoria-Theater.

(Münchener-Garde). Budapest.

Possen-Theater.

Anfang des Concerts 7 Uhr. der Vorstellung 7 1/2.

„Harmonie“.

Königsplatz 27. Täglich: Große Sänger-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Farin.

Beste weißer & gelber 22 Pf. Bergl. Köstlicher süßlich-schmeckender...

Franz Bregulla.

Breslau, Mathiasstr. 22. empfiehlt zur gefälligen Beachtung sein renommirtes...

Cigarren.

Die besten Cigarren und die schönsten 4 Stück 10 Pf. 5 Stück 10 Pf. etc.

Max Skladny, Breslau.

Hörschstraße 25, Ecke Friedrichstraße. Lager Polska.

Paul Quitt, Schuhmachermeister.

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. empfiehlt nach langer Erfahrung selbstgefertigter dauerhafter Schuhwaren...

Genossen.

welche gelehrte Jakob, Politiker u. sonst Partikularisten (keine Zeitungen) zur Agitation zur Verfügung stellen wollen...

Control-Mark-Hüte.

Beste und billigste aus der Hut-Fabrik Schmiedebrücke 19.

Husten und Heiserkeit.

Das beste Mittel ist Eukalyptus-Bonbons mit dem Galle- & Mandarinkantharid im Schlossarek's...

Fabrik von Arbeiter-Garderobe.

Spezialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken an allerbilligsten bei E. Liedecke, Sandweg 30.

Herren-Garderobe. Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich billiger als Neb. coll. Eduard Freund. Neuschest. 57, Ecke Hinterhäuser.

Schuhwaren. nur beste eigene Handarbeit, äußerlich dauerhaft, warm und wasserdicht. Herren-Stammschuhe, sehr reich, wasserdicht doppeltsohlige genagelt u. gezeichnet v. Nr. 7,50 an.

Ludwig Herz, Bismarckplatz No. 4, neben der Mehen-Apothek.

Der Ausverkauf des Bruno Lomnitz'schen Concurs-Waaren-Lagers findet vorläufig im bisherigen Geschäftslocale, Carlsplatz 6, statt.

Brieg. Sonntag, den 26. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Tabak-Interessenten-Versammlung im Local des Herrn Fessel, Oberthor.

Liegnitz. Öffentliche Volks-Versammlung. Dienstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, im Saal der „drei Berge“.

Hoggenhausbackmehl. Weizenmehl 00. Naturremehl, feinst, ganz und gequiecht, sowie Hülsenfrüchte und Gebräue empfehle ich billiger.

Achtung! Das billigste Brot!!! Robert Kursave, Andersjohnstraße 12.

Brieg. Sonntag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr: Brot! im Local des Herrn Fessel, Ober der Oder.

Genossen. Verband der Arbeiter-Deutschen. Alle 14 Tage Sonnabends, Abends 8 Uhr: Mittags-Versammlung im Schmid's Restaurant, Grenzwegstraße 4.

sozialdemokratische Reichstagsfraction. Preis 75 Pfg. in der Buchhandlung Expedition der „Volksmacht“.

Sonnabend, den 25. Januar: Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau - Schloßberg). Abends von 8-10 Uhr: Kassenabend, Umtauschen der Bibliotheksbücher und Aufnahme neuer Mitglieder im Local „Rektur-Schulbrüder“ Nr. 42.

Central-Kranken- und Sterbe-Casse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Sachsenstr.). Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Heider's Brauerei, Herrentage 19 (Ecke Engelsberg).

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Casse der deutschen Drechsler und der verwandten Berufsgenossen. (E. D. 68, Hamburg) Abends von 8-10 Uhr: Kassenabend im Göltsch's Brauerei, Neumarkt 8. Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Breslau.) Mitglieder-Versammlung und Kassenabend im Vereinslocal „Hotel zu den drei Bergen“, Böttcherstraße 23. — Gäste stets willkommen.

Verband der Arbeiter-Deutschen. Alle 14 Tage Sonnabends, Abends 8 Uhr: Mittags-Versammlung im Schmid's Restaurant, Grenzwegstraße 4.

Verband der Arbeiter-Deutschen. Alle 14 Tage Sonnabends, Abends 8 Uhr: Mittags-Versammlung im Schmid's Restaurant, Grenzwegstraße 4.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Postämtern in Person mit Paketen und Briefen beladen zu ziehen und zwar gehören zu diesem Postamt ungefähr 5 Dörfer in einer außerordentlich gebirgigen Gegend. Es wird ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn irgendwo einmal bei einem großen Postpalast eine kleine Ersparnis vorgenommen würde, die Mittel reichlich vorhanden wären, um Abhilfe zu schaffen. Diese Mißstände müssen endlich einmal beseitigt werden.

Abg. **Strau** (Antisemit) führt die Mißstände, unter denen die Unterbeamten leiden, auf den nicht richtigen Geist zurück, der von der höheren Postverwaltung ausstrahlt. Auch ihm sei reichhaltiges Beschwerdematerial zugegangen. In 7 Postämtern seines Wahlbezirktes hätten die Unterbeamten überhaupt keinen freien Sonntag, in anderen würde nur der zweite, dritte oder vierte Sonntag dienstfrei gelassen. (Präsident v. Buol: Das Thema der Sonntagsruhe ist bereits eingehend besprochen worden. Ich bitte nicht mehr darauf zurückzukommen.) Redner erwidert, er spreche bei diesem Titel nur von der Sonntagsruhe der Unterbeamten, über die Sonntagsarbeit der höheren und höchsten Postbeamten wolle er nichts sagen, wenn es auch nur die Arbeit eines Sonntagsjägers sei. (Heiterkeit.) Nach dem Grundsatz der Sonntagsheiligung sei die postamtliche Sonntagsruhe nicht eingerichtet. Die Postverwaltung scheine kein Verständnis für die religiösen Bedürfnisse der Unterbeamten zu haben, darauf habe schon der Abg. Singer aufmerksam machen müssen und das sei sicher nicht schmeichelfhaft für die Postverwaltung. (Präsident v. Buol erwidert dem Redner nochmals, nicht von der Sache abzuschweifen, sondern sich auf die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten zu beschränken; gleichzeitig macht er dem Redner auf die Geschäftsverhältnisse der Postverwaltung aufmerksam.) Redner bittet, die Abschweifung seiner parlamentarischen Erfahrung zu Gute zu halten; daraus erkläre er sich, wenn er einmal rechts und einmal links über die Angelegenheit schreibe. Ueber die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten habe er nichts zu sagen, (Heiterkeit) dagegen rege er Erleichterungen in der Kleidung während des Hochsommers an.

Geheimrath **Sydow** befreit, daß die Unterbeamten überfordert seien. Entsprechend der Steigerung des Verkehrs sei das Personal beständig vermehrt worden. Auch eine große Zahl der bisher nicht etatsmäßigen Stellen sei in etatsmäßige umgewandelt worden. Ueber Mißstände in einzelnen Orten könne er sich nicht äußern, wolle aber zugeben, daß an manchen Stellen bei der Verhältnis wegen Mißstände eintreten könnten; die Postverwaltung sei aber stets bestrebt, Abhilfe zu schaffen. In dem vom Abg. Strau angeführten Falle könne eine Untersuchung leider nicht eingeleitet werden, da Herr Strau nicht einmal den Namen des Diefes genannt habe. Daß aber die Verhältnisse dort himmelstreichend seien, dagegen müsse er von vornherein Versicherung einzulegen.

Abg. **Dr. v. Jagdowski** (Pole) bedauert, daß der Verein zur Beförderung des Deutschthums in den Littauern auch aus den Reihen der Postbeamten zahlreiche Mitglieder gefunden habe. Das kann nicht dazu beitragen, die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen auszugleichen.

Staatssecretär **von Stephan** erklärt, daß er sich in diesen Streit nicht einmischen werde. So lange der Dienst nicht unter der Vereinsangehörigkeit leide, habe er keine Verantwortung, gegen die Vereinsangehörigkeit einzuschreiten.

Abg. **Bebel** (Soz.): Mit der Vermehrung der Beamten keine Verminderung der Arbeitslast eingetreten. Die Sonntagsarbeit beweist doch, daß man in der Woche mit der Arbeit nicht fertig wird und das, was in der Woche nicht fertig geworden ist, am Sonntag aufgearbeitet werden muß. Es ist immer noch ein Mangel an Beamten vorhanden. Mit dem Gratificationswesen und große Mißstände verbunden. Wir behalten uns vor, später einmal einen Antrag zu stellen, das Gratificationswesen ganz abzuschaffen. Die Zeit von 20 bis 24 Jahren ist für die unfähigere Anstellung der Unterbeamten eine viel zu lange. Man kann sich doch in kürzerer Zeit über die Tüchtigkeit der Beamten genau informieren. Die höheren Beamten werden ja auch schon nach sechs Jahren unfähig ange stellt. Es besteht also eine harte Ungerechtigkeit gegenüber den Unterbeamten.

Staatssecretär **von Stephan**: Wir sind bemüht, die Bezahlung für die unfähigere Anstellung thunlichst zu verkürzen. Es richtet sich natürlich aber auch nach Maßgabe der vorhandenen Stellen. Die Gratifikationen sind weit mehr Unterstützungen bei Krankheiten, als Belohnungen für außerordentliche Dienste.

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel „Unterbeamten“ bewilligt.

Zum Titel „Stellensulagen“ beantragt
Abg. **Werner**: Die Stellensulagen im nächsten Jahre abzusuchen und die dadurch verfügbar werdende Summe zu hochschuldenfähigungen an Beamte und Unterbeamte zu verwenden.

Staatssecretär **von Stephan** bemerkt, das Erntet der Stellensulagen sei genau nach der Devisenfrist eingerichtet worden, die seiner Zeit der Reichstag bewilligt habe. Die Contingenz des Antrags Werner sei die Erhöhung des Gehalts sämtlicher Nachschichter die ja nur Nachdienst haben. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Werner gegen die Stimmen der Antisemiten abgelehnt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Es folgt das Extraordinarium, welches diesmal von der Commission (Referent **Barllin**) unbeantragt bewilligt worden ist.

Abg. **von Leipzig** (conl.) bedauert, daß die Wünsche der Partei, im Interesse der Sparbarkeit in der Commission Beschlüsse vorzunehmen, ohne Anhang geblieben seien gegenüber der dortigen Majorität. Daher bringe die erste hier keine Forderung ein, würde dieselben aber unterstützen, wenn sie von anderer Seite ausgingen. Die bisher angefangenen Bauten werden zu weiteren Kosten noch 12 Millionen in den nächsten Jahren beanstanden.

Staatssecretär **von Stephan** erwidert, die große jährliche Neubauveride werde in kaum 3 Jahren obsolet zu sein gegen und dann würden höchstens noch Erweiterungsbauten gen.

Abg. **Schmidt** (Marburg) wünscht den Ausführungen des Abg. Leipzig bei, auch er vermisst bei den Postbauten die deutsche Parität.

Abg. **Singer** (Soz.): Die Herren hätten bei andern Staatsämtern mehr Verantwortung, Sparbarkeit zu üben, als gerade bei den Postämtern. Es kann ja keine Rede davon sein, daß mehr als notwendig ausgegeben wird. Aber es ist doch notwendig, daß die Postbauten im Einklang mit dem Verkehr der großen Städte durchgeführt repräsentieren. Uebertriebenem Luxus sind auch wir nicht ab, aber wir bestritten, daß die ganze Sache die Bedeutung hat, die ihr seit Jahren die Herren von der conservativen Partei geben sich bemühen. Seltene Dienstgebäude muß die Post sein. Wir hätten nur den Wunsch, daß die Verwaltung in dem Maße wie für die Bauten, auch für die socialpolitischen Maßnahmen Sorgfalt anwenden. Wenn man sieht, wie auf dem Gebiete der Millionen weggenommen werden, wenn man dazu begierig für eine Militärverträge ist, wenn man die Rechnung demnach aufwendet, die Marine zu vergrößern, hat man kein Recht, hier bei den Postbauten als Sparmaßnahme aufzutreten. (Beifall.)

Abg. **Graf Limburg-Stirum**. Wer haben das gleiche Staatssecretär von allen Herren. Wir wenden uns nur an den Unterbeamten und die Postbauten haben ein großes Bedürfnis für die Bauten der anderen Verwaltungen. Den Erweiterungen des Verkehrs kann auch ohne Luxus Genüge getan werden.

Das Extraordinarium wird darauf bewilligt.
Bel den Einnahmen ein konstatirt.
Abg. **Fischer** (freil. Sp.) daß der Staatssecretär von Stephan sich geirrt habe er behauptete, der deutsche Handelstag habe sich einmal gegen die Herabsetzung der Telephongebühren ausgesprochen. Der deutsche Handelstag hat sich im Gegenteil stets für Herabsetzung der Telephongebühren erklärt. Herr von Stephan habe es so dargestellt, als wenn unser Telephonwesen, das beste in aller Welt sei. In den nordischen Ländern ist man aber viel weiter, wie Ihnen zwei Karten, die das Fernsprechnetz von Schleswig-Holstein und dasjenige von bänisch Jütland zeigen und die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, beweisen werden.
Die Einnahmen werden darauf bewilligt. Damit ist die Beratung des Postetats erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.
Abg. **Haffe** (nall.) beschwert sich, daß die Reichsdruckerei Arbeiten herstelle, die aus ihrem Markt herausfallen.
Staatssecretär **Fischer** erwidert, daß ihm Klagen hierüber nicht zu Ohren gekommen seien. Die Reichsdruckerei wirke anregend und fördernd auf das ganze Buchdruckgewerbe.
Der Etat wird darauf bewilligt, ebenso ohne Debatte der Etat des Reichstags.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.
Beim Titel „Reichskanzler“ bemerkt
Abg. **von Strombeck** (Str.) Der Reichskanzler ist bisher nicht verpflichtet, auf Beschlüsse des Reichstags die Entschlüsse des Reichsraths dem Reichstage mitzutheilen. Es wird zwar ein Verzeichniß aufgestellt, welche Entschlüsse der Bundesrath getroffen hat. Bei manchen Beschlüssen ist aber bemerkt, daß beim Bundesrath noch keine Entschlüsse erfolgt sind. Diese Resolutionen gelangen dann in die Uebersicht der nächsten Jahre, bleiben aber unbeantwortet. Das ist ein Mißstand, um dessen Abhilfe wir ersuchen.

Staatssecretär **von Voeltcher** erwidert, er sei gern bereit, eine andere Praxis einzuführen und auf Beschlüsse des Hauses auch die schließliche Entscheidung des Bundesraths mitzutheilen.

Abg. **Dr. Barth** (freil. Sp.) Ich will an dieser Stelle an den Reichskanzler die Frage richten, wie es mit der Ausführung des Planes, einer internationalen Enquete-Conferenz in der Währungsfrage zu verfahren, steht und welche Stellung die Regierung nach den Ergebnissen der vorjährigen Sachverständigen-Conferenz in der Währungsfrage einnimmt. Es ist von einem wachsenden Preisunterchiede zwischen Gold und Silber nicht mehr die Rede gewesen. Vielleicht kann uns der Reichskanzler sagen, wie sich die einzelnen Regierungen zur Frage stellen. Man weiß vorläufig nur, daß Württemberg dagegen ist. Freilich hat sich noch keine Regierung für Uebertragung der Währung ausgesprochen. Die Voraussetzungen der Bimetallisten haben sich in keiner Weise erfüllt; noch niemals ist die Goldförderung worden, wie im Vorjahre. Lord Balfour hat sich gegen die Abhaltung einer Konferenz als nutzlos ausgesprochen. Der Credit Nordamerikas, das mit der Doppelwährung liebäugelt, ist in stetigem Sinken begriffen. Wir haben also alle Ursache an unserer bewährten Goldwährung nicht mit dem kleinen Finger zu rühren. Sie ist der beste Schutz gegen Finanzcatastrophen, wie sie die Postkraft des Präsidenten Cleveland über die Verzuelsfrage in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat. Die Herren von Kardorff und Graf von Mirbach waren neulich in Währungsfragen in Paris. Ich freute mich darüber, als die Herren damit behaupteten haben, wie lächerlich es von ihnen war, noch vor zehn Jahren diejenigen als Vaterlandsverräther zu stempeln, die Ehrenmitglieder des Cobdenclubs würden. Die Herren waren nicht nur in England, sondern bei den Engländern, den Franzosen. Ja sie halten ihre Verhandlungen sogar geheim. (Große Heiterkeit.) Das ist doch viel gefährlicher. (Heiterkeit.) Nun hat der Präsident Faure den Herren Bimetallisten allerdings ein wesentliches Zugeständniß gemacht, er hat ihnen versprochen die Verhandlungen der Konferenz zu lesen. (Große Heiterkeit.) Kein Staat wird heute ernstlich daran denken, zum Bimetallismus überzugehen. Um so mehr ist es geboten, daß die Regierung klar zu ihm Stellung nimmt, so deutlich, wie neulich zum Antrag Kanitz. Auch der Bimetallismus ist in unserer Zeit etwas durchaus Unausführbares. Es ist den Bimetallisten schon viel zu viel concedirt worden. Ich glaube dem Herrn Reichskanzler eine Gefälligkeit zu erweisen, wenn ich ihm die Möglichkeit gebe, sich so schnell als möglich von diesem Cadaver loszulösen. (Beifall links.)

Reichskanzler **Fürst Hohenlohe**: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Frage des Herrn Dr. Barth zu beantworten. Ich kann heute die gewünschte Auskunft nicht geben. In der nächsten Zeit aber werde ich eine Erklärung darüber abgeben, wie die verbandelten Regierungen zur Währungsfrage stehen.

Abg. **von Kardorff** (Reichsp.) Es ist richtig, daß der englische Minister Balfour sich in dem Sinne ausgesprochen hat, wie Abg. Barth es dargestellt hat, aber mit dem Zusatz, daß zunächst eine Vereinbarung mit anderen Staaten über die Grundlagen der Konferenz zu treffen sein würden. Daß die Goldwährung sich verdoppelt hat, bestritte ich nicht. Dagegen kann man der Geldbedarft nicht gedeckt werden, wenn Rußland zur Goldwährung übergeht. Goldwährungsleute sind in Amerika nur einige einflußlose Bankiers, die vernünftigen Leute sind allezeit internationale Doppelwährungsmänner. Die internationale Doppelwährungsbewegung läßt sich mit dem Cobdenclub nicht vergleichen. Der Cobdenclub hatte überall bezahlte Agenten, auch in Deutschland, die dem Zwecke dienten, der englischen Industrie die Märkte offen zu halten und die deutsche Industrie zu vernichten. (Widerbruch links.) Die Zukunft der Währungsfrage hängt nicht von uns ab, aber wir sollen diese Frage fördern helfen. Das Ergebnis der Pariser Doppelwährungs-Conferenz kann ich Herrn Barth nicht mittheilen, es soll bis zum Zusammentritt des englischen Parlaments secret bleiben. Wir glauben, daß wir der deutschen Landwirthschaft nicht anders helfen können, als durch die Doppelwährung, und daß sie auch im Interesse der deutschen Industrie liegt. Die sonst die Concurrenz mit China und Japan. Länder mit mindermehriger Valuta — nicht bestehen wird. Mag die in Aussicht gestellte Erklärung der Regierung lauten, wie sie will, wir werden uns in unserer Bestrebungen nicht irren machen lassen.

Präsident **v. Buol** bittet dringend, daß auf der Journalistentribüne mehr Ruhe bewahrt werde. Es seien wiederholt Jurate und sogar Aeußerungen des Mißfallens laut geworden. (Es geschah, als Herr v. Kardorff wieder auf die Währungsfrage zu sprechen kam.) Er mache auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam. (Beifall.)

Abg. **Graf Limburg-Stirum** begrüßte es mit Freude, daß unsere Beziehungen zu Rußland sich wieder normal und freundschaftlich gestaltet hätten. Das Telegramm des Kaisers in der Transcaspienfrage habe im ganzen Lande lebhaften Wiederhall gefunden. Die Befürchtung, daß Deutschland dadurch in kriegerische Verbindung mit England gerathen könne, hat Redner nie geheilt, denn er halte es für unbedenklich, daß wir uns in einen Secekt mit England einlassen könnten. England hat auch nur vor demselben Rechte Gebrauch gemacht, wie wir, von der Wahrnehmung seiner Interessen. Daß unsere Interessen so energisch vertreten worden sind, dafür dankt Redner dem Reichskanzler. (Beif. rechts und im Centrum.)

Abg. **Dr. Barth**: Auf freundschaftliche Beziehungen zu Rußland legen auch wir Werth. Das war mit einer der Gründe, weshalb wir für den Handelsvertrag mit Rußland stimmten. Wo stand aber damals Graf Limburg-Stirum? (Sehr wahr links.) Für ebenso wichtig, wie freundschaftliche Beziehungen zu Rußland, halten wir ein freundschaftliches Verhältnis zu England. (Beifall links.) Redner polemisiert im Weiteren gegen Kardorff. Es sei eine lächerliche Legende, daß der Cobdenclub bezahlte Agenten in Deutschland unterhalten habe. Ebenso gut könne er sagen, daß der

amerikanische Bimetallismus bezahlte Agenten in Deutschland unterhalte. (Sehr wahr links.)
Abg. **von Kardorff** (freicon.): Der Vorwurf des Vorredners von den bezahlten Agenten des Bimetallismus ist bereits einmal beweislos erhoben worden. Sollte auch diesmal Herr Barth den Beweis für seine Behauptung schuldig bleiben, so erkläre ich ihn für einen albernem Vagner. (Große Unruhe links. Ruf: Ordnung! Beifall rechts.)

Abg. **Barth** (freil. Ver.): Ich muß erklären, eine solche durch die Thatfachen absolut nicht gerechtfertigte Ueberschätzung und Grobheit ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr. Beif. links. Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident **v. Buol**: Ausbrüche wie Grobheit und Unverschämtheit widersprechen der Ordnung des Hauses, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Große Unruhe links. Ruf: Und der infame Vagner?) Es wird mir soeben mitgetheilt, der Abg. von Kardorff habe geglaubt, Sie hätten gesagt, er und seine Anhänger seien bezahlt. Das haben Sie aber, wie ich constatire, nicht gesagt. Allerdings kann ich auch den Ausdruck „infame Vagner“, den ich vorhin wegen der Unruhe des Hauses nicht gehört habe, als zulässig nicht bezeichnen und würde Herrn v. Kardorff zur Ordnung rufen, falls er sich auch nur beengt so ausgesprochen hat.

Abg. **Barth**: Der Abg. Kardorff hat nicht beengt vor einer infamen Vage gesprochen, sondern mich einen infamen Vagner genannt. Das lasse ich mir auch in bedingter Form von Niemandem sagen (Beifall links) und da der Ordnungsruf des Präsidenten ausblieb, habe ich mir selbst Recht verschafft. (Beifall links.)

Präsident **von Buol**: Selbstverständlich, wenn der Ausdruck „infamer Vagner“ gefallen ist, und sei es auch nur in bedingter Form, würde ich dafür die schärfste Form der Rüge aussprechen und in diesem Falle den Abg. v. Kardorff zur Ordnung rufen.

Damit schließt die Debatte.
Das Gehalt des Reichskanzlers (54,000 Mark) wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Specialetats der Reichskanzlei.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Reichsamt des Innern.
Schluß 5¹/₂ Uhr.

Locales.

Breslau, den 24. Januar 1896

„Verächtlichmachung“ der deutschen Diplomatie.

Wie wir bereits kurz mittheilten, hatte sich gestern der verantwortliche Redacteur der „Volkswacht“, Genosse **Neulirch**, vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts wegen „Verächtlichmachung“ einer französischen Einrichtung, der deutschen Diplomatie, zu verantworten. Die Nummer 292 der „Volkswacht“ vom 13. December v. J. enthielt unter der Rubrik „Schlesien“ aus Görlitz einen Bericht über eine Versammlung der dortigen Ortsgruppe der „deutschen Friedensgesellschaft“, in der Rechtsanwalt **Heißberg** das Thema: „Die Verwirklichung der Idee des allgemeinen Völkerfriedens“ behandelte. Im Anschluß an diesen Bericht waren Betrachtungen angestellt, worin es u. a. hieß: „Die friedliebende Mehrheit aller Nationen ist übera II von einer Minderheit beherrscht, in deren Interesse der Militarismus und der Krieg gelegen ist. Die im Dienste dieser herrschenden Minderheiten stehenden Gewalten, die im Dienste des Capitals stehende Diplomatie Europas, ist jeder Zeit bereit, in die mit dem 8 Millimetergewehre bewaffneten Millionenheere die Furie des Krieges zu schleudern, um das weltliche Kapital zu verdrängen“ u. In diesen Sätzen sah die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 131 des Str.-G.-B. (Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsinstitutionen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren verurtheilt.)

In der Anklageschrift war ausgeführt, daß durch das in dem wiedergegebenen Passus enthaltene Wort „übera II“ der Verfasser auch die deutsche öffentliche Gewalt, insbesondere die deutsche Diplomatie hat treffen und die darin den europäischen öffentlichen Gewalten bzw. der Diplomatie im Allgemeinen gemachten Vorwürfe auch auf jene hat beziehen wollen. Weiter hieß es: „Die Thatsache, daß jederzeit eine Verrücktheit vorhanden sei, aus den Staatszwecken fremder Ursachen einen Krieg herbeizuführen, ist entstellend. Der Verfasser, der den friedliebenden Charakter der deutschen Diplomatie aus der Geschichte der letzten 25 Jahre kannte, war sich der Entstellung bewußt.“ Der Vertreter der Staatsanwaltschaft versuchte auch in der gestrigen Verhandlung unter Berufung auf Reichsgerichtsentscheidungen nachzuweisen, daß die incriminirten Sätze des Artikels eine Verächtlichmachung der deutschen Diplomatie enthalten und beantragte gegen den Angeklagten einen Monat Gefängniß. Demgegenüber plaidirte der Verteidiger, Rechtsanwalt **Urbach**, in längerer, trefflicher Rede für Freisprechung. Der Gerichtshof erachtete alle Merkmale des § 131 als vorhanden, nahm aber zu Gunsten des Angeklagten an, daß in dem unter Anklage gestellten Theil des Artikels Thatsachen nicht behauptet werden. Es war deshalb auf Freisprechung zu erkennen.

Ich schon eine Freisprechung für ein socialdemokratisches Blatt ein seltenes Ereigniß, so muß es wohl Aufsehen erregen, daß die „Volkswacht“, dieses „antimonarchische“ Organ, innerhalb vier Wochen drei Freisprechungen erlebte. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die nächsten Wochen noch dem Staatsanwalt manche Enttäuschung bringen.

* **Wegen „groben Unfugs“**, angeblich begangen durch Veröffentlichung eines Erjehens an die Breslauer Tabakarbeiter, in einer bestimmten Cigarrenfabrik nicht nach Arbeit nachzufragen, wurde heute der verantwortliche Redacteur der „Volkswacht“ Genosse **Sohn**, vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurtheilt. Die heutige Verurtheilung erfolgte wegen des Abdrucks der Notiz in der Wochenausgabe der „Volkswacht“.

* **Der Antrag Kanitz**, der im Reichstage mit großer Majorität abgelehnt wurde, bleibt trotzdem das Ideal jedes echten Agrarers. In der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins

